

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hülfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 14. Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementspreis 1,50 M. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbeckerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,
Sonnabend, 4. April 1908.

Anzeigen kosten die 4 gespaltenen Petitzelle
oder deren Raum 40 Pf. (der Betrag ist
stets vorher einzufinden.)
.. Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile ..

22. Jahrg.

Kollegen! Zu den bevorstehenden Kämpfen ist unsere erste Bedingung:
festigung und Stärkung unseres Verbandes. Agitiert, organisiert, flärt die indifferenten und noch wankelmüttigen Kollegen
auf! Nebt strengste Disziplin! Alle Anschläge unserer Gegner müssen zu schanden
werden durch unsere Klassensolidarität!

Auf die Schanzen!

Die fruchtbreiteste Zeit der Agitation hat wieder begonnen. Ohne Ausnahme haben jetzt unsere gesamten Mitglieder es als ihre wichtigste Aufgabe zu betrachten, ihre ganze freie Zeit der Ausbreitung und Stärkung unseres Verbandes zu widmen. Überall, wo nur immer unsere Mitglieder in Tätigkeit sind, muß die Parole lauten:

Organisieren, neue Mitglieder gewinnen, die Massen der Kollegen schulen!!

Keine Zeit darf mehr verloren werden, um die noch Lauen und Wankelmüttigen hineinzubringen in unseren Verband!

Das Vorgehen der Unternehmer gegen uns und ihre Taktik, auf welcher Grundlage sie ihre Pläne für die Zukunft aufzubauen wollen und unter welchen Bedingungen für sie Tarifverträge erstrebt werden, muß helle Begeisterung in die Reihen unserer Kollegen tragen und sie zu aufopfernder, treuer Mitarbeit entflammen.

Auf der letzten Zusammenkunft unserer Unternehmervertreter in Mannheim wurde besonders hervorgehoben, daß sie es als ihre dringendste Aufgabe erachten, unsere Organisation, als die stärkste und ihnen gefährlichste, mit allen Mitteln zu schwächen, unsere Mitglieder zu Paaren zu treiben. „Wir haben zurzeit an Arbeitskräften Überschuss und es werden immer soviel Elemente aufzutreiben sein, daß die dringendsten Arbeiten erledigt werden können“, rief ein Unternehmer den Anwesenden in der Meistersversammlung zu, und ein anderer, der gewöhnt ist hinter verschlossenen Türen erst sein wahres Gesicht zu zeigen, offenbarte den staunenden Zuhörern den kommenden Schlachtplan: „Fünfzig Prozent aller Gehülfen unseres Berufes sind im freien Verbande organisiert, die anderen fünfzig Prozent verteilen sich auf den christlichen, Hirsch-Dunderschen Verband und die Unorganisierten. Diese letzteren fünfzig Prozent müssen nun als Triumph gegen die „Noten“ Verwendung finden, in der Arbeit bevorzugt und beschäftigt werden.“

Hier also haben wir das Programm der sogen. Führer des Unternehmerverbandes im Malergewerbe, der bekanntlich keine Kampforganisation sein will. Hier haben wir die innersten Pläne und heftigsten Wünsche aus dem Lager unserer Scharfmacher. Hier haben wir in klarer Präzisierung die hallende Tirade, mit der auf dem Hannoverschen Malertage v. J. der Vorsitzende die Ergebnisse der dortigen Versammlung resumierte:

„Die Taktik der Zukunft ist der Massenkampf. Entweder ist klüchtig in allen Orten Deutschlands Friede, oder es ist in allen Orten Krieg!“

Diese Perspektive müssen sich alle Kollegen unseres Berufes, die noch einen Funken von Ehrgefühl in sich tragen, vor Augen halten.

Die Büchting von notorischen Streifbrechern, die Heranbildung einer Streifbrechergarde, ist das Ziel dieser Herren, die angeben, auf dem Boden der Tarifverträge zu stehen. Systematisch will man den Berrat in die Reihen unserer Berufskollegen tragen, nach dem bekannten Mittel: Teile und herrsche! Und als Bundesgenossen zur elendesten Verräterei suchen die Unternehmer die christlich

organisierten Kollegen gemeinsam mit der Handvoll Hirche unseres Verbandskollegen gegenüber herabzuwürdigen. Dass das Unternehmertum rücksichtslos seine Interessen wahrnimmt, scrupellose seine eigenen Klassegenossen niedertritt, wenn diese nicht durch dick und dünn mit ihm gehen, ist zu bekannt, als dass es nötherer Beweise bedürfe, daß dieselbe Unternehmertum gegenüber dem einflussreichsten und stärksten Arbeiterverband der gleichen Branche aber auch zu den schäbigsten Kampfmitteln greifen wird, darauf sind wir längst vorbereitet. Die schirmhafte Rolle, die das organisierte Unternehmertum im Malergewerbe unseres Gegenorganisationen zutraut, wird sicherlich auch noch von manchem Kollegen auf dieser Seite als eine Beliedigung, als ein Schlag ins Gesicht empfunden werden. Selbstverständlich rechnen die Scharfmacherischen Elemente wie immer auch hier wieder mit der Unterstützung der unorganisierten Berufskollegen. Die Herausziehung eines gelben Oberhäuptlings in Mannheim war nicht ganz ohne, dafür muß man die Herren kennen, die sich dieser läblichen Aufgabe unterzogen. Nicht nur zu Streifbrechern will man die Unorganisierten verwenden, man denkt vielleicht auch schon daran, aus ihnen feste Arbeitervertragsorganisationen zu bilden und diese gegen ihre eigenen Arbeitskollegen auszuspielen. Dass sich aber die unorganisierten Kollegen, von denen der größere Teil schon einmal Mitglieder unseres Verbandes war, in ihrer Mehrheit zu einer so erbärmlichen Handlungswise gebrauchen lassen, das glauben wir nicht. Mit Entrüstung werden auch die meisten dieser Kollegen die Rolle des organisierten Arbeitervertrags von sich weisen.

Unsere Kollegen ersehen hieraus zur Genüge, wohin die Fahrt gehen soll. Die Unternehmer haben, wie aus ihren letzten Publikationen hervorgeht, alle Vorbereitungen getroffen, um unseren Verband für die kommende Kampfperiode aktionsunfähig zu machen. Dass dies Bestreben ihnen jedoch nicht gelingt, dafür werden unsere Mitglieder, dafür wird die Gehülfenschaft unseres Berufes in ihrer weitaus größten Mehrzahl schon Sorge tragen, das erfordert Ihre Arbeiterehre. Durch Phrasendreschen und Lantamschlägen lässt sich diese nicht verblüffen oder blauen Durst vornehmen.

Jetzt gilt es aber auch für alle, die mit uns sind, zu handeln. Wir alle wollen uns geloben, nun erst recht mit unverbrüchlicher Treue zusammenzuhalten, Schulter an Schulter dem geplanten Ansturm entgegenzutreten und alle Kräfte aufzubieten, die noch unorganisierten Kollegen für unsere große Sache zu gewinnen. Ein gleichgültiges Fernbleiben ist jetzt nicht mehr am Platze, geschlossen muß die Gehülfenschaft unseres Berufes den Unternehmern zeigen, daß sie ihre Arbeiterehre zu schätzen weiß und gemeinsam mit den Arbeitskollegen ihr Klasseninteresse zu wahren versteht.

Die Zeit zum neuen Werben, zur regsten Mitarbeit ist jetzt da. Die Unbeständigkeit in unserem Arbeitsverhältnis bringt alljährlich eine große Verschiebung der Arbeitskräfte mit sich, überall treffen unsere Mitglieder mit noch unorganisierten Kollegen zusammen. Hier wird eine zielbewußte Aufklärung die meisten Widerstände überwinden und der erhoffte Erfolg nicht ausbleiben, wenn rechtzeitig in die plannmäßige Kleinanagitation eingetreten wird.

Es muß darum in allen Zillalen und Zahlstellen unserer Organisation sofort in die regste Agitation zur Gewinnung der noch fernstehenden Nebenkollegen eingetreten und mit allen Mitteln die Pflicht der innigsten Kollegialität und Solidi-

darität geweckt und gestärkt werden. Dann wird der Verband der Maler, Anstreicher, Lackierer, Tüncher und Weißbinder ein Bollwerk bilden, an dem alle Scharfmacherpläne zunichte werden.

Frisch auf, Kollegen, an die Arbeit, hoch die Solidarität!

Der Arbeiterschutz im hessischen Malergewerbe.

Wenn man die 258 Seiten des hessischen Gewerbeinspektorenbuchs, der als erster der reichsdeutschen Berichte für das Jahr 1907 veröffentlicht wurde, durchsieht, so ist man außerordentlich enttäuscht, wenn man alles zusammenfaßt, was über die Verhältnisse in den Betrieben der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder mitgeteilt wird. Es fehlt zwar durchaus nicht an Inspektionen, aber es wird leider gar nicht mitgeteilt, was bei diesen Inspektionen gefunden wurde. Neben den vier Möbellackierereien, die im Auffichtsbezirk Offenbach, wo fünf Betriebe dieser Art bestehen, revidiert wurden, ergibt sich folgende Übersicht der eigentlichen Malerbetriebe:

Auffichts- bezirke	Ve- triebe	Ar- beiter	Re- visionen	Revidierte Betriebe	Darin besch. Arbeiter
Darmstadt	338	1534	291	274	786
Offenbach	212	935	148	118	319
Gießen	274	1275	301	274	1275
Mainz	186	1157	53	53	265
Worms	70	241	34	34	75

Man ersieht hieraus, daß die Inspektion sehr ungleichmäßig war: während in dem Auffichtsbezirk Gießen sämtliche Betriebe, in dem Darmstädter eine erhebliche Anzahl derselben inspiziert wurden, ist in anderen Bezirken nur ein ziemlich geringer Teil der Betriebe, auch weniger wie die Hälfte revidiert worden. So unbefriedigend diese Tat-
sache ist, so enttäuscht sie aber durchaus nicht, daß so außerordentlich wenig über die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen und über die Verhältnisse der Maler und Berufsgenossen gesprochen wird. Um so weniger ist eine vernünftige Erklärung hierfür zu finden, als im Jahre 1907 die hessische Gewerbeinspektion und zwar jeder einzelne Bezirk einen „Gehülfen aus dem Arbeitestand“ erhielt, die vor allem die Kleinbetriebe revidieren sollten. Wenn wir zusammenfassen, was über unseren Beruf in dem Bericht zu finden ist, so ist es rasch geschehen. So weit es der Offenbacher Gewerbeinspektion bekannt wurde, sind in den Betrieben, in denen Maler-, Lackierer- usw. Arbeiten ausgeführt werden und die Arbeiter mit Bleifarben in Berührung kommen, Bleierkrankungen im Jahre 1907 nicht vorgekommen. Nur in einem Fall wurde die Bleierkrankung eines im Bezirk wohnenden Weißbinders gemeldet, der in einem in der Stadt Frankfurt bestehenden Geschäft tätig war. Der Gießener Auffichtsbeamte weiß mir zu melden, daß der Aushang der Bekanntmachung in 3 Lackierereien fehlte, die mit Fabriken verbunden waren; ferner waren in 41 verschiedenen Anstreicher- und Weißbinderbetrieben die Bestimmungen der Bekanntmachung an die Arbeiter nicht ausgeteilt worden. Über das Ergebnis der Inspektion wird mitgeteilt, daß sich im allgemeinen sehr wenige Anstände ergaben. Von den 1275 Anstreicher-
gehülfen sind nach der Zählung nur 810 eigentliche Bleiarbeiter, d. h. solche, die ständig oder wiederholt mit Bleifarben in Berührung kamen.

Außer diesen wahrlich sehr geringen und dabei durchaus nicht inhaltsreichen Mitteilungen findet sich in dem Berichte nur noch der von unserer Organisation abgeschlossene Lohn- und Arbeitsvertrag für Gießen abgedruckt. Diese durchaus ungünstige Behandlung unseres Berufes müßte unsere Kollegen anregen, den Gewerbeinspektoren durch genau geprüfte Anzeigen klar zu machen, daß die Verhältnisse im Maler-, Tüncher- und Weißbinder-
gewerbe Hessens mit schärfstem Auge der Gewerbeinspektion betrachtet, manches interessante und berichtenswerte bieten würden.

Treu und Glauben im Gewerbe!

Man kennt die Erzählung von dem Pharisäer, der in den Tempel ging und dort dem Herrgott in prahlreicher Weise erzählte, was er für ein feiner Kerl sei im Gegensatz zu dem Zöllner, auf den er verschämt herabblickte. In diese Erzählung des Weisen aus Nazareth wurden wir erinnert, als wir die Herzengüsse der Unternehmerpresse über die "Erinnerung zur Feindschaft" lasen, der sich unsere Zeitung schuldig gemacht haben soll. Die "Süddeutsche Malerzeitung" nimmt sich tadellos aus im Gewande des Pharisäers, indem sie darüber jammert, daß Treu und Glauben aus den Kreisen der Gehülfen verschwunden sei. Sie erzählt ihrem gläubigen Publikum, daß die Gehülfen ihre Arbeitsleistung immer mehr herabsetzen — trotzdem jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß heutzutage viel intensiver gearbeitet wird, als früher! — und stellt ließinnige Untersuchungen darüber an, was geschehen müsse, um die Unternehmer gegen die immer mehr und mehr zunehmende Herabsetzung der Arbeitsleistung zu schützen. Hierbei macht sie folgende echt pharisäische Bemerkung:

"Hier muß sich der Arbeitgeber vor allen Dingen angewöhnen, damit zu rechnen, daß die Worte „Treu und Glauben“ nur für ihn gelten, während man in anderen Läger nur ein Lächeln dafür hat."

Und ein Nürnberger Rechtsanwalt denunziert in der "Deutschen Arbeitgeber-Zeitung" mit der Miene eines Moralspredigers die Moral der Gewerkschaften, die in einem grellen Licht gestellt sei und rüst ein dreischlag Wehe: "So weit ist es mit Treu und Glauben hinsichtlich der Auffassung und Auslegung des Dienstvertrages gekommen!" Und sämtliche Innungskräfte schütteln missbilligend die sorgenvollen Häupter.

Selbstverständlich ist es ein handgreiflicher Schwundel, daß die Gehülfen für die Worte „Treu und Glauben“ nur ein Lächeln übrig hätten. Unsere Kollegen sind durch die Gewerkschaft dazu erzogen, daß sie in jeder Beziehung ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, wobei sie aber niemals vergessen dürfen, daß sie auch Pflichten gegen sich selbst und ihre Arbeitsbrüder haben. Und wenn sie in einem Konflikt der Pflichten geraten, dann geht natürlich ihr Interesse vor das des Unternehmers. Das verfügt zweitens gegen Treu und Glauben, sondern ist eine notwendige Folge des Selbsterhaltungsstrebs. Und wir sind überzeugt, daß in einem gleichen Falle die Meister ebenso handeln werden. Die organisierten Gehülfen haben sich bislang noch immer bemüht, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, dagegen kommt es gar nicht selten vor, daß Unternehmer die Abmachungen gebrochen haben, wenn dies in ihrem Interesse lag.

Das mögen sich die Pharisäer merken. Und sie mögen auch das Bibelwort beherzigen: "Ihr Heuchler zieht zuerst den Balken aus eurem eigenen Auge und dann beschäftigt euch mit dem Balken in den Augen anderer Leute!"

Wie man die Wahrheit auf den Kopf stellt.

Vom Jahre 1900 bis 1907 hatte unser Verband einen ständigen Kampf mit den Unternehmern unseres Gewerbes wegen der Durchführung und Anerkennung von Tarifverträgen zu führen und auch heute noch ist dieser Kampf nicht endgültig entschieden. Mit allen erdenklichen Mitteln wurde von den meisten Unternehmervertretern gegen die Tarifbewegung angekämpft, um den Abschluß zu verhindern. Um so auffälliger muß es wirken, mit welcher Energie ein einmal untere Unternehmer für die Tarife eintreten. Dass man bei einem so plötzlichen Umschwung

der Meinung die Tariffreundlichkeit der Herren mit großem Misstrauen betrachten muß, braucht kaum besonders gesagt zu werden.

Worauf ist dieser plötzliche Umschwung zurückzuführen? Unsere Kollegen, die Sache ist leicht zu erklären. Zunächst fühlen sich die organisierten Unternehmer im Malergewerbe durch ihren vollzogenen Zusammenschluss gegenüber den Gehülfen sehr stark und es gelüstet sie nach Zaten. Nachdem sich z. B. im Baugewerbe, in der Holzindustrie usw. so große Aktionen abspielen, wollen auch sie in der Deftlichkeit eine Rolle spielen. Sie brauchen Erfolge, um die Notwendigkeit des Zusammenschlusses ihren Mitgliedern beweisen zu können. Wenn sie es außerdem noch besonders eilig haben, so glauben sie eben die zur Zeit im Baugewerbe herrschende Depression auszunützen zu müssen. Auch die z. B. bei den Schärmachern im Baugewerbe vorhandene Stimmung bleibt auf die Unternehmer unseres Berufes nicht ohne Nachwirkung und so erklärt sich die in diesen Kreisen vorhandene Kampfslösung ohne Weiteres.

Die Leiter des neu gegründeten Verbandes glauben die gegenwärtige Situation so gut als möglich auszuhalten zu müssen und kann man ihnen dies Bestreben im Grunde nicht für übel nehmen. Dass es den Unternehmern je gelingen wird, ganz von dem Tarifvertrag wieder abzukommen, glauben sie selbst nicht und so geht ihr Streben dahin, in der ungünstigsten Geschäftsszeit der Gehülfenschaft einen möglichst miserablen "Mustertarif" als Unterlage aufzurollieren, zu dessen Verbesserung viele Jahre angestrengter Organisationsarbeit notwendig wären, um die einmal festgelegten Verschärfungen wieder auszumerzen. Die bei den Unternehmern vorhandene Tariffreundlichkeit entspringt also keineswegs edlen Motiven, oder einem größeren Verständnis von der Zweckmäßigkeit eines Tarifvertrages, sondern nur der Absicht, die Bereitwilligkeit der Arbeiterorganisationen für Tarifverträge so für die Meister auszunutzen, daß die Vorteile eines Lohnvertrages sich in Nachteile für die Arbeiter und in Vorteile für die Unternehmer verwandeln. Dass wir diesem Bestreben, so weit es in der Kraft der Organisation liegt, entgegenarbeiten müssen, ist für uns klar, und haben deshalb alle Ursache, einer solchen "Tariffreundlichkeit" mit größtem Misstrauen zu begegnen. In dieser Annahme werden wir besonders bestärkt durch das Vorgehen unserer Unternehmer selbst.

Als der Herr Hauptvorsteher des Unternehmerverbandes in diesem Winter an unseren Vorstand herantrat mit dem Vorschlag, wegen der in Süddeutschland gefündigten Verträge eine gemeinsame Verhandlung anzubahnen, war weder von einem Generaltarif, noch von einem Normaltarif, noch von einer Hinzuziehung von Christlichen oder Hirsch-Dunderianern oder Gelben die Rede. Was uns die Absicht der Unternehmer verraten ließ, war nur das Wort "Gehülfen-Organisationen", so daß unser Vorstand sich sofort veranlaßt sah, wegen der Zusammensetzung der Verhandlungskommission nochmals anzufragen, wie sie sich die Parität bei den Verhandlungen denken. Auf diese Frage, die unser Vorstand nochmals wiederholte, erhielt er erst zwei Tage vor den Verhandlungen die Antwort, daß auch die Vertreter der Christlichen, der Hirsch-Dunderischen und der gelben Organisation geladen seien. Dabei ist wohl zu beachten, daß die bisherigen Verhandlungen in Mannheim mit den Verbandsvertretern der Meister und unseren Bezirksleitern geführt worden waren. Es war also überhaupt nicht mehr möglich, auf schriftlichem Wege gegen diese Zusammensetzung der Kommission zu protestieren. Die Frage eines Generaltarifentwurfes war vor diesen Verhandlungen in Mannheim in kein-

nem Schreiben weder des Unternehmerverbandes noch von unserer Seite erwähnt. Unser Vorstand konnte also gar keine andere Meinung sein, als daß es sich um die Tarifverträge süddeutschen Städte handelt. Wir halten es notwendig, diese Überrumpfungstaktik des Unternehmerverbandes nochmals festzuhalten.

Diesen geschilderten Tatsachen geht aber der Unternehmerverband einfach aus dem Wege. In seinen offiziellen Bekanntmachungen ist nur von der Ablehnung der Verhandlungen unsererseits wegen des Generaltarifes die Rede, während es sich in Wirklichkeit gar nicht um die Verhandlung eines solchen Tarifentwurfs handelt, sondern zunächst nur um die Frage der Beteiligung an den Verhandlungen, beziehungsweise um die gleichzeitige Anerkennung der erschienenen Organisationsstreiter. Um die Entscheidung dieser Frage allein hätte sich zunächst gehandelt und könnte ohne deren Entscheidung an eine andere Frage gar nicht gewacht werden. Die somite uns bis jetzt vorliegende, aus einer Quelle geholt Unternehmerpresse umgeht aber diese Tatsache.

Wie man die Wahrheit auf den Kopf stellt, zeigt die offizielle Bekanntmachung des Unternehmerverbandes, der wir aus der süddeutschen Malerzeitung folgend entnehmen:

"Bekanntmachung der Zentralleitung."

In nachstehenden Orten werden sich dem Lohnbewegungen abwickeln: Wiblingen, Auerbach, Ulm, Berg, Boden-Boden, Bad Neustadt, Darmstadt, Langen, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Göppingen, Hanau, Heidelberg, Heilbronn, Höchstädt, Karlsruhe, Kempfen, Landshut, Landau, Ludwigshafen, Mannheim, Nürnberg, Offenbach, Regensburg, Reichenbach, Retsingen, Tübingen, Ullm, Baden.

... Da die sozialdemokratischen Vertreter nur die Verhandlungen abbrachen, sondern auch auf verzichteten, den Entwurf überhaupt kennen zu wollen, ist es klar, daß man auf dieser Seite den Willen. Wir richten deshalb an alle Kollegen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz die Aufforderung sich zur Ehrenpflück zu machen:

1. Zugereiste Maler- und Anstreicher gehülfen, welche aus oben angeführten Gründen kommen, unter keinen Umständen einzustellen.

2. Überall solche Gehülfen, welche in der christlichen oder Hirsch-Dunderischen Gewerkschaft organisiert sind, zu bevorzugen.

Die Invalidenakte der Gehülfen weist genau auf, aus welchen Bezirken diese kommen. Ebenso richten wir an alle Kollegen das Ersuchen, wenn sie z. B. nicht mit den laufenden Austrägen beschäftigt sind und wenn der Fall sie ergeht, den bekräftigten Kollegen sich zur Verfügung zu stellen, wo die Vermittelung von Arbeitskräften besorgen. An die Meister föhne ergibt ebenfalls Appell, sich bei der Zentralstelle unseres Verbands München, Schellingstr. 109 zu melden, damit diese den bestreiten Kollegen für besonders bringende Beiträge zur Unterhaltung gegeben werden können.

Da wir in Süddeutschland im diesjährigen Kampfe die Feuerprobe zu bestehen haben, so ist Ehren- und Gewissenhaftigkeit, den bestreiten Kollegen alle nur mögliche Hilfe angedeihen zu lassen. Für alle — Alle für einen!

Es ist kaum notwendig, dieser Bekanntmachung etwas hinzuzufügen. Sie allein kennzeichnet die Tariffreundlichkeit unserer Herren Unternehmer — die Meister — zur Genüge.

Um die Volksgunst und vor allem seine soziale Selbstsucht, infolgedessen das politische Wasser unter der reichen Bürgerklasse ist, die an der Stelle Herzens den Geldsack trägt und keine deren Interessen kennt, als die des Kaufs.

Der Breslauer "Arbeiterverein" hatte den Erfolg, daß seine beiden Kandidaten, der Professor Rees von Liedtke, der geistige Führer des Vereins, und der Schlesische Brill in die preußische Kammer gewählt wurden. Mittlerweile zeigt sich in den in den verschiedenen Städten gebildeten Arbeitervereinen der Drang nach Totalisierung; dieser Drang sondert neue Machtung, als selbständigen Handwerkermäister sich gleichfalls zu organisieren beginnen. Am 2. bis 3. Juli 1848 fand in Hamburg ein Kongress von Werkzeugmaschinen- und Handwerkermäistern statt, an dem sich auch Gesellenbetriebe beteiligten; es kam zwischen beiden Gruppen zu sehr regen Debatten und die Meister schoben die Gesellenseite. Eine etwas entgegengesetzte Haltung nahm am 18. Juni in Berlin tagende Handwerkerkongress wogegen der am 15. Juli in Frankfurt a. M. stattfindende Kongress die Gesellenvertreter einfach zurückwies. Die wiederaufgesetzten Gesellen konstituierten sich auf der Stelle "Gesellenkongress", der später den Namen "Arbeitskongress für ganz Deutschland" annahm. Unter dem 3. August richtete dieser Kongress eine Abordnung der Frankfurter Nationalversammlung, worin u. a. Einführung eines in Gültigkeit stehenden Arbeitstages (ein. Frühstück-, Mittags- und Abendessen), die gesetzliche Festlegung eines festen Lohnes und die Gründung einer großen nationalen Invalidenfalle gefordert wurden.

Am 23. August wurde in Berlin der erste Arbeitersongfest eröffnet, an dem sich außer den Frankfurter Delegierten, die drei Centralkomitees der Arbeiter (zu Berlin, Leipzig und Hamburg) und 29 Arbeitervereine durch ihre Vertreter beteiligten; außerdem Befreiungsbücher von neuen Vereinen, darunter auch vom Arbeiterklub in Brüssel, eingelaufen; nicht beteiligt sich Kursachsen, Hessen-Nassau, Braunschweig, Oldenburg und Bremen. Zum Vorsitzenden wählte man den Professor Rees von Liedtke, zum Stellvertreter Schlesischen Brill und zum Schriftführer Vergolder Bisch. Der Kongress dauerte zehn Tage, bis zum 3. September. Es beschloß, in jedem Dritte Deutschlands sollten die Arbeiter vertretenen Gewerbe Vertreter in ein Volksamt wählen, aus den Delegierten der letzteren sollte ein

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung im Jahre 1848.

II.

Inzwischen begannen sich die Berliner Arbeiter zu organisieren, indem in den verschiedenen Branchen Vertreter ernannt wurden, die zu einer Deputationsversammlung zusammen traten; Vorn, der Delegierte der Schriftsteller, erhielt den Vorschlag und leitete die Versammlung in vorzüglicher Weise, so daß selbst die liberale Presse sich lobend darüber aussprach. Aus der Deputatenversammlung heraus bildete sich ein Zentralkomitee, das seinerseits wieder einen geschäftsführenden Ausschuss von fünf Personen wählte.

Als die Bourgeoisie sah, daß die Arbeiter ihre eigenen Wege gingen, wurden Versuche gemacht, die unterbrochene Verbindung wieder herzustellen. Von konservativer Seite trat der bekannte Geheimrat Bette an die Deputiertenversammlung heran und suchte die Arbeiter zu überreden, die beabsichtigte Organisation im Verein mit den Unternehmern zu bilden. Nach einem Vortrage von Vorn, worin er den Verteilungen widersetzte, weil sie unpraktisch seien, entgegen trat, wurde der Vorschlag verworfen. Ebenso wenig Glied hatten die im "Politischen Club" vertretenen radikal Bourgeois mit ihrem Arbeitertrotz, die von ihren einberufenen "Arbeiterversammlungen", in der bürgerlichen Elemente das große Vorrecht fühlten, wurde von Vorn und seinen Gefährten genossen einfach unbeachtet gelassen. Auch die Bestrebungen des "Konstitutionellen Klubs" hatten keinen Erfolg. Die neue Arbeiterpartei ging unbekannt, ohne nach rechts oder links zu blicken, ihres Weges weiter; selbst die extrem-kommunistischen Agitationen, deren Hauptvertreter damals der 20jährige Fabrikant John Adolf Schlüsel war, fanden in Arbeiterkreisen wenig Anklang; der von letzterem herausgegebene "Vollstreund", eine Zeitung, die die kommunistischen Ideen verteidigte, hatte nur 150 Abonnenten. Nicht viel besser ging es dem großen Utopisten und Kommunisten Wilhelm Weitling, der nach Berlin kam und dort eine Zeitung "Der Urväher" herausgab, die jedoch schon nach der fünften Nummer wegen Abonnentenmangels eingehen musste.

Als die Wahlen zum preußischen Landtag und zum Frankfurter Parlamente ausgeschrieben wurden, zögerte die neue Arbeiterpartei keinen Augenblick, sich daran zu beteiligen. Aus katholischen Gründen schloß sie ein Wahlkompromiß mit der radikalen Demokratie und stellte als ihren Vertreter den Vergolder Bisch, Vizepräsidenten des Berliner Central-Komitees, auf der dann an — wenn auch nur als Stellvertreter — in preußische

Angesichts dieser sibulen Provokation des Süddeutschen Malermeisterverbandes fordern wir unsere Kollgenchaft auf, in dem uns aufgezwungenen Kampfe in ihrem eigenen Interesse es als Ehrensache zu betrachten, unverbrüchliche Solidarität zu üben und gewissenhaft alle an sie ergehenden Urtweisungen zu erfüllen.

Jeglicher Zug nach Süddeutschland muss strengstens gemieden werden! Alle unverheirateten Kollegen derjenigen Städte, in denen ein Kampf bevorsteht, haben abzureisen. Die verheirateten Kollegen dieser Städte ersuchen wir dringend, jegliche Überstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit zu verweigern.

Beweist Kollegen, daß Ihr Euch nicht als Helden behandeln läßt, daß Ihr in der Stunde der Gefahr keine Verräter an euren Mitarbeitern werdet!

Wenn die Herren allerdings geglaubt haben, daß wir unter solchen Umständen unsere Hand dazu bieten, ihnen zur Einführung einer über ganz Deutschlands gültigen Werkstattordnung behilflich zu sein, so täuschen sie sich. Obwohl wir den sogenannten Generaltarifentwurf noch nicht kennen, so ist doch schon so viel über ihn veröffentlicht worden, daß wir behaupten können, daß es sich überhaupt nicht um einen Generaltarif, sondern nur um eine Werkstattordnung handelt hat. Die Regelung von Lohn und Arbeitszeit, die doch immer den Haupttreipunkt bei den Verhandlungen gebildet haben, bleiben den örtlichen Vereinbarungen überlassen, die Regelung der Pausen und Bezahlung von Überstundenarbeit gleichfalls, so daß es sich bei dem Entwurf also nur um ein Formular gehandelt hat, dessen Ausfüllung wieder jedem Orte überlassen bleibt, nur daß man einige nebenstehende Bestimmungen allgemeiner Art hineingewürft hat. So den Ausschluß des § 61b, daß Kündigung aufgehoben ist, Akkordarbeit gestattet sein soll und ähnliche bereits allgemein eingeführte Bestimmungen. Ein besonderes handelt es sich um eine Werkstattordnung mit Mindestleistung, Strafbestimmungen usw. Wenn die Herren allerdings die Auffassung haben, daß ein solches Monstrum der künftige Tarifvertrag für Deutschland sein soll, dann allerdings glauben wir an ihre plötzliche Tariffreundlichkeit.

Soweit wir aus der Presse erfahren haben, soll ja die Absicht bestehen, unserem Vorstand gelegentlich einmal einen Tarifentwurf zuzustellen. Wir haben also vielleicht noch einmal Gelegenheit, uns mit dem Entwurf näher zu beschäftigen. Nur noch einige Worte zu der offiziellen Bekanntmachung. Da gefällt uns besonders die Auflösung, die christlichen und hirsch-Dunderschen Gehilfen unserer Mitgliedern vorzuziehen. Wenn auch die Führer der christlichen Organisation mit den Unternehmern nach bekannter Weise liebäugeln, so wollen wir doch stark bezweifeln, ob sich die Mitglieder der christlichen Organisation wirklich so weit vergessen, daß sie sich von vorn herein zu Streikbrechern gebrauchen lassen.

Es ist an und für sich ein eigenartiges Verhältnis zwischen diesen Führern und ihren Mitgliedern. Besonders eigenartig berichtet es, wenn man die Verhandlungen der Christen in Mannheim mit ihrer Streikbewegung im Rheinland vergleicht. Während man auf der einen Seite einen sogenannten Generaltarif verhandelt mit den Führern, sind die Mitglieder gezwungen, wegen einiger wenige Lohn erhöhung mit uns gemeinsam den Kampf gegen die Unternehmer zu führen. Wir rechnen es den Mitgliedern dieser Organisation zur Ehre an, daß sie das Unsinnen, das die Unternehmer an sie stellen, sich

zu Streikbrechern benutzen zu lassen, weit von sich weisen, die tatsächlichen Verhältnisse lehren sie, daß sie nicht gegen uns, sondern mit uns den Kampf gegen Ausbeutung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu führen haben. Daß die Unternehmer den Versuch machen, die Wahlfreiheit zu verschleiern, war für uns klar und haben wir dieser Meinung bereits in unserer letzten Nummer Ausdruck gegeben. Wir bezweifeln auch, daß sie so ehrlich sein werden, diese Verbrennung der Tatsachen einzugehen. Es wird uns deshalb nur übrig bleiben, das Protokoll der Verhandlungen hier wieder zu geben, um sie durch ihre eigenen Worte bei den Verhandlungen Bürgen zu stricken.

Kurz vor Redaktionsschluß erhielt unser Vorstand folgendes Schreiben:

Berlin, den 29. März 1908.
Vereinigung der Maler etc. Deutschlands
b. H. des Herrn Albert Cobler, Hamburg.

Auf Beschluß des Hauptvorstandes überlendend wir Ihnen einliegend fünf Stück Entwürfe zu einem Generaltarif für das Malergewerbe Deutschlands, mit dem ergebenen Ersuchen, dieselben einer Beratung zu unterziehen.

Nachdem der Zentralvorstand der Maler auf dem diesigen Einigungsamt des Gewerbegerichts in Gemeinschaft mit allen anderen Arbeitnehmern Organisation im Baugewerbe zu einer Beratung über einen Tarif für ganz Deutschland zusammengetreten ist und diese gemeinsame Beratung auch zu einem allerseits zufriedenstellendem Resultat gelangte, hoffen wir, daß auch Sie Ihren Widerstand gegen die Mitarbeit der anderen Organisationen aufgeben werden und sehen diesbezüglichen Mitteilungen entgegen.

Hochachtungsvoll Emil Seute.

Der Vorstand unserer Organisation wird in einer demnächst stattfindenden Sitzung Stellung zu der Sache nehmen und das Antwortschreiben an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes auch zugleich an dieser Stelle veröffentlich. Das für uns unverständliche Geschäftsgedanken des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes nötigt unseren Verbandsvorstand zu einem solchen Vorgehen.

Unternehmerkartelle und Lebensmittelzölle.

Eine sehr interessante Debatte spielte sich vor kurzem im Reichstag ab. Der alte Agrarierhauptling Graf Ranck erlebte sich darüber, daß das in den Syndikaten fortisierte Unternehmertum die Preise der notwendigen Lebensmittel in die Höhe treibe und auf diese Weise Milliarden in die Taschen stiebe. Er führte in dieser Beziehung folgendes aus: „Wenn in weiten Kreisen der Bevölkerung immer vom der bestehenden Lebensmittelsteuerung gesprochen wird, so muß doch hervorgehoben werden, daß daran die Preispolitik der Syndikate die Schuld hat und nicht unsere Wirtschaftspolitik. Es gibt kaum einen Artikel des täglichen Lebens, der nicht durch Syndikate verteuert ist. In Amerika sind sogar die Eisenbahnen bestreikt, was bei uns Gott sei Dank noch nicht der Fall ist. In Amerika spielt sich jetzt ein Riesenkonkurrenz zwischen den Kartellen und der Staatsgewalt, dessen Ende noch kein Mensch absehen kann. Das amerikanische Volk leidet schwer unter der Ausbeutung der Trustmagnaten. Weinache ist es bei uns schon ebenso. Es scheint fast, als ob bei uns die Regierung nicht wagt, den Kartellen entgegentreten. Die Kartellumfrage hat zwar viele Kosten verursacht, aber herausgefunden ist dabei sehr wenig. Was hat es denn für einen Zweck, die einzelnen Vertreter des Stahlverbandes usw. zu vernehmen. Die Herren hängen ja einer von dem andern ab, sie werden sich schön hätten, etwas auszusagen, was ungünstig für sie ist. Wir haben denn auch nichts gehört

und holsteinischen Landarbeiter zu organisieren, ferner wurde eine Petition in Umlauf gelegt, die u. a. Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit und die Einführung von ländlichen Arbeitergemeinschaften mit Staatshilfe forderte. Zu gleicher Zeit wurde auch in Schlesien und Ostpreußen eine energische Landagituation betrieben, leider wurden diese Bestrebungen durch die immer mehr anwachsende Gegenrevolution nur zu bald unterdrückt.

An dieser Stelle möge es erlaubt sein, in kurzen Zügen die treibenden Kräfte, die in den Köpfen der neuen Arbeitshörner lebten, zu skizzieren. Die soziale Frage ist der Ausdruck eines in der Gesellschaft herrschenden Klassenkampfes, eines Kampfes zwischen den Besitzenden und Besitzlosen; letztere wollen die Privilegien aufheben, erstere wollen sie aufrecht erhalten. Hier nach ist die ganze Stellung einer Arbeiterpartei bestimmt. Die Herrschaft einer einzelnen Klasse muß bekräftigt werden; deshalb war es sehr richtig, daß das Proletariat am Sarge des Feudalismus und des absoluten Regiments haftkräftig mit gearbeitet hat; nachdem nunmehr durch die Märzrevolution die Bourgeoisie, die Herrschaft des Geldads, aus Studen gekommen ist, hat das Proletariat diese ebenso energisch zu bekämpfen; die Mittelschichten, Kleinbürger und Kleinstbauern, sind in ihren berechtigten Interessen zu unterstützen, im übrigen aber zu einem Zusammenschluß mit der Arbeiterklasse gegen Kapitalismus und Feudalismus zu erzwingen. Das einzige Mittel, dem Arbeiter zu helfen und, das Recht auf Arbeit zu verwirklichen, ist die Aktion, die Genossenschaft, wodurch die parasitischen Zwischen geschäfte, die sich vom Markt des Arbeiters nähren, überflüssig gemacht werden.

Auf politischem Gebiete predigte die „Verbrüderung“ den entschiedensten Radikalismus und Republikanismus, sie forderte die Arbeiter auf, gegen die beginnende Gegenrevolution Front zu machen und sich nicht feige unter die Füße treten zu lassen. Rennhardt und Elsen sind unter Los, wenn die Hirten, diese Vertreter des Volkes, wieder die Oberhand erlangen; unsere bisherigen Vertreter sind Feiglinge, Buttermilcheleien und Chryzente, die sich jede Schmach gefallen lassen. Die Sündflut wird angeschwemmen, welche am Markt des Volkes sorgt. Der Sturm wird es hinwegfegen. Dann braucht das Volk Jünger, die Freunde haben am Schauplatz des wogenden Meeres, die dem Sturm zuwachsen. Gest gilt es, den Preis zu erringen, den der Kampf um die Freiheit bietet, jetzt gilt es, zu predigen den Kampf und die Macht.

über die Exportvergütingen und die anderen Maßnahmen der Kartelle. Bei dem Auschreiben eines Gasometers beteiligten sich die verschiedensten Nationen. England erhielt den Zuschlag, weil es etwas weniger forderte, als die deutschen Firmen. Und das Merkwürdige ist nun, daß die Engländer deutsches Material verwandten, das nach dem Ausland billiger verkauft worden war, als nach dem Land. Über die billigen Auslandspreise des Kohlen-Syndikats hat man hier schon oft geredet. Als man bei der Beratung fragte, an welchen Preisen Kohlen nach Frankreich und Belgien verkauft wurden, erwiderte der Vertreter des Kohlen-Syndikats, daß es sich da um Geschäftsgeschäfte hande, die nicht verraten werden dürfen. Alle Parteien haben hier ihrer Entrüstung über die hohen Kohlenpreise Ausdruck gegeben. Das Kohlen-Syndikat hält aber die hohen Preise hoch, trotzdem sie durch nichts gerechtfertigt sind. Ja, es hat sogar zehnprozentige Produktionsbeschränkung vorgenommen. Früher wurde gefragt: Wenn die Konjunktur abschwächt, können die Preise ermäßigt werden. Gest ist die flache Zeit da, aber die Preise bleiben dieselben. Herr Hilbeck sagte im Abgeordnetenhaus, die Produktionskosten betragen ca. 11 M pro Tonne, somit bliebe bei einem Preis von 11,50 M nur ein Nutzen von 50 S pro Tonne. Wenn das richtig ist, dann frage ich: Wo bleiben da die Dividenden? Weniger als 11 Prozent ist nirgendwo gegeben worden, einzelne Betriebe haben aber 20 bis 30 Prozent gegeben. Die Bergarbeiter haben mit Rücksicht auf die hohen Werkstoffüberschüsse und die hohen Lebensmittelpreise eine 15prozentige Lohn erhöhung verlangt. Feder weiß, daß hierbei die Werkstoffüberschüsse die Hauptrolle spielen und nicht die Lebensmittelpreise. 1906 waren sehr niedrige Getreidepreise, sie sind erst gestiegen infolge der erhöhten Produktionskosten. Die Löhne der Bergarbeiter sind auch gestiegen, das gese ich zu. Hierunter leidet die Landwirtschaft am meisten. Durch die hohen Kohlenpreise wird am meisten die Landwirtschaft geschädigt, dadurch, daß ihr Arbeitskräfte entzogen werden. Die Landwirte sind nicht in der Lage, Kartelle zu bilden. Ich bin kein prinzipieller Gegner der Syndikate, aber die Verechting derselben hört auf wenn die Preisfestsetzung ohne jede Rücksicht auf die Produktionskosten erfolgt. Eine richtige Grenze muß gefunden werden. Die preußische Regierung hat die Syndikate protegiert und großgezogen.“

Der Vertreter der hohen Getreide- und Fleischzölle versetzte hier die beliebte Methode, andere Leute zu demunzieren, um sich selbst als unschuldsvolles Lammm hinzustellen. Er hatte aber wenig Glück hiermit, denn der sozialdemokratische Redner Högl nahm sich den tollen ehrlichen Agrarierhauptling vor und hielt ihm einen Spiegel vor, der die Schönheit der Brot- und Fleischwucherer in hellstem Licht zeigte. Wir wollen die wichtigsten Punkte seiner Rede hier wiedergeben: „Der Abg. Graf Ranck hat gestern erklärt, daß die gegenwärtig bestehende Teuerung aller Lebensmittel nicht durch die hohen Zölle, sondern durch die Preispolitik der Syndikate verschuldet sei. Das ist nicht richtig. Eine Preissteigerung hat auch bei Gegenständen stattgefunden, in denen eine Kartellierung bisher noch nicht stattgefunden hat. Man kann daher mit gutem Recht die hohen Zölle für die Preissteigerung verantwortlich machen. Wir können den Parteien, welche die hohen Zölle und Steuern beschlossen haben, den schweren Vorwurf nicht sparen, daß sie sich am arbeitenden Volk auf das schwere verfündigt haben. Alles das, was wir vorausgesagt haben, und was die bürgerlichen Parteien als ganz unmöglich bezeichnet haben, ist durch den Gang der Dinge als wahr erwiesen worden. Die Ausführungen, welche Graf Ranck gegen die Parteien macht, können wir vollständig unterschreiben. Das können wir um so leichter, als das, was Graf Ranck uns gestern hier vorgeführt hat, unsere Auffassung vom Gang der wirtschaftlichen Entwicklung durchaus bestätigt hat. Wir sind der Meinung, daß die heutigen Produktionsverhältnisse dazu führen müssen, daß das ganze wirtschaftliche Leben unter den Einfluß einiger weniger Großkapitalisten gerät, daß das Spiel der freien Kräfte aufgehoben wird, daß nicht mehr davon gesprochen werden kann, in einer wirtschaftlichen Entwicklung vollziehe sich in freiheitlichen Bahnen. Wir haben von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß die Entwicklung mit Naturnotwendigkeit dazu führen muß, daß die große Masse des Volkes ganz und gar der wirtschaftlichen Nebenmacht einer kleinen Elite ausgesetzt wird. Die Entwicklung hat dem ersten Satz unserer wirtschaftlichen Grundsätze vollständig Recht gegeben. Wenn wir die heutigen Zustände vergleichen mit denen vor 20 Jahren, so müssen wir sagen, daß wir heute eine ganz neue Wirtschaftsordnung gegen die Meinung, daß die heutigen Produktionsverhältnisse dazu

führen müssen, daß das ganze wirtschaftliche Leben unter den Einfluß einiger weniger Großkapitalisten gerät, daß das Spiel der freien Kräfte aufgehoben wird, daß nicht mehr davon gesprochen werden kann, in einer wirtschaftlichen Entwicklung vollziehe sich in freiheitlichen Bahnen. Wir haben von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß die Entwicklung mit Naturnotwendigkeit dazu führen muß, daß die große Masse des Volkes ganz und gar der wirtschaftlichen Nebenmacht einer kleinen Elite ausgesetzt wird. Die Entwicklung hat dem ersten Satz unserer wirtschaftlichen Grundsätze vollständig Recht gegeben. Wenn wir die heutigen Zustände vergleichen mit denen vor 20 Jahren, so müssen wir sagen, daß wir heute eine ganz neue Wirtschaftsordnung gegen

Graf Ranck führte aus, daß es nicht so weiter gehen könne, daß wir Zustände entgegen setzen, die unerträglich wären. Ich hoffe, daß Graf Ranck und seine Freunde es nun begreifen werden, wenn die Arbeiter schon seit langem diese Zustände als unerträglich empfunden haben, und mit allen Kräften danach trachten, eine andere, bessere, höhere Wirtschaftsordnung zu erlangen. Und ich hoffe, daß Graf Ranck und seine Freunde in den Leuten, die eine Umänderung der auch von ihm als unerträglich empfundenen Zustände herbeiführen wollen, nicht mehr Verbrecher oder schlechte Menschen sehen, die man bekämpfen muß, sondern Leute, die sich um das Wohl des Vaterlandes verdient machen. Wenn Graf Ranck schließlich diese Zustände als unerträglich verurteilt, wieviel mehr müssen sich die Arbeiter dagegen wenden. Wenn die Arbeiter leider nicht nur als Konsumen ten unter der Preispolitik der Syndikate, sondern sie leiden auch unter der sozialen Politik der Syndikate. Gerade jetzt, wo ein wirtschaftlicher Niedergang zu verzeichnen ist, beschließen die Großkapitalisten mit ihren Arbeitern zu machen, was sie wollen. Sowohl der Zentralverband Deutscher Industrieller, wie der Verein der Eisenbahnleute haben erklärt, daß sie ihre Betriebe so einzurichten wollen, wie sie es für nötig halten, und doch die Arbeiter nichts dagegen haben. Die Arbeiter sollen sich also gefallen lassen, was die Herren in ihrer Weisheit und Macht dort oben festlegen. Es ist im Laufe der Debatte wiederholt vom wirtschaftlichen Niedergang gesprochen worden. Aber es ist noch nicht darauf hingewiesen worden, welcher Unterschied besteht zwischen den Folgen, die dieser Niedergang für die Arbeitgeber auf der einen und für die Arbeiter auf der anderen Seite hat. Die Kapitalisten füllen in den Seiten guten Geschäftsganges ihre Taschen, mit denen sie bei schlechten Seiten den

Gewinnrausfall beden. Die großen Kartelle und die großen Unternehmer können einen wirtschaftlichen Niedergang ziemlich lange aushalten. Sie reduzieren die Produktion und entlassen Arbeiter. Und wenn dann wieder bessere Zeiten kommen, dann ist meist die Herrschaft des Großkapitals noch stärker als vor Beginn der Krise.

Man hat gesagt, die Arbeitslöhne seien stärker gestiegen als die Preise. Selbst wenn das richtig wäre, so beweist das nur, daß die Arbeiter während der guten Geschäftszeit etwas weniger hungern müssen. Wenn die Krise aber jetzt so weitergeht, wenn die Großunternehmer, wie sie es im Baumgewerbe wollen, nicht nur die Löhne herabdrücken, sondern auch die Gewerbeschäden knebeln, wenn sie das erreichen, dann werden die Arbeiter gerade jetzt während der Krise auf das denkbar tiefste Niveau herabgedrückt, dann wird die gesamte Arbeiterschaft in ihrer wirtschaftlichen Stellung herabgedrückt, und wenn der neue Ausschlag einsetzt, müssen sie wieder von vorne anfangen. Die schwierige Lage des arbeitenden Volkes ist verschärft worden gerade durch die Politik und die Syndikate. Selbst für weite Kreise des Unternehmertums, des kleinen, das am Syndikatsprojekt keinen Anteil hat, sind die Zustände unerträglich geworden. Da hat man nun verlangt, daß der Staat eingreifen und die Syndikate brav und artig machen sollte, daß sie niemals von ihrer wirtschaftlichen Übermacht Gebrauch machen. Ich hätte allerdings erwartet, daß das Zentrum nicht diese Kartellresolutionen, sondern das Kartellgesetz einbringen werde, daß der Kollege Spahn angeblich schon jahrelang in seiner Schublade hat. Ich weiß nicht, woran Herr Spahn noch wartet. Die Verhältnisse sind heute so weit, daß es Zeit ist, einzutreten. Es fragt sich nur, wie eingegriffen werden soll.

Graf Rantz hat der preußischen Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie eigentlich die Schild trüge an der Syndikatwirtschaft. Ich bin nicht berufen und nicht im entferntesten gewillt, die preußische Regierung zu verteidigen. Aber was verlangt denn Graf Rantz von der Regierung? Sie schwebt doch nicht in der Luft; sie ist doch nichts weiter als ein Ausschuß der Bevölkerung und wenn ein Minister sich einfallen läßt, einen Seitenprung zu machen, so kann sich bald der Centralverband Deutscher Industrieller rühmen: Wir haben auch diesen Staatssekretär beiseite geschafft. Die Regierung ist nichts weiter, als ein Organ der Großkapitalisten und da kann sie natürlich nicht gegen die Kapitalisten vorgehen. Was der K. v. Camp gesagt hat, daß gesetzliche Maßnahmen gegen die Kartelle unmöglich seien, ist ganz zutreffend. In Einzelheiten und Kleinigkeiten kann vorgegangen werden, aber es kann nicht verhindert werden, daß sie, die die wirtschaftliche Macht haben, sie missbrauchen zum Schaden der Gesamtheit. Wer die Macht hat, macht von ihr zu seinem Nutzen Gebrauch, und auch das preußische Junkertum hat seine Macht stets ausgenutzt, rücksichtslos und schamlos gegen die Gesamtheit. Mit aller Gewaltbereit können Sie den Kartellen keinen anderen Charakter geben, als sie ihrer wirtschaftlichen Struktur nach haben. Das Versagen der wirtschaftlichen Gesetzgebung gegen die Kartelle hat sich in allen Staaten gezeigt; es wird sich auch in Deutschland zeigen.

Was sollen wir über nun tun, um diese wirtschaftliche Gefahr der Kartelle für die Gesamtheit des Volkes unbedenklich zu machen? Sind doch die Zustände zugegebenermaßen unerträglich. Wenn wir nicht in der Lage sind, den Kartellen ihren gemeinschaftlichen Charakter zu nehmen, so ergibt sich als notwendiger Schluss, daß wir die Produktionsmittel, die in den Händen der Minderheit eine unerträgliche Last für die Gesamtheit geworden sind, ins Eigentum dieser Gesamtheit überführen müssen. Wenn man die Voraussetzung zugibt, daß die wirtschaftliche Übermacht der Kartelle den Interessen der Gesamtheit direkt zuwiderläuft, muß man naturnotwendig auch den zweiten Schritt unseres Programms mitmachen, unter Führung der sozialistischen Produktion, der Produktion durch die Gesamtheit im Interesse der Gesamtheit einzustimmen. Dann wird auch dem Zustande ein Ende gemacht werden, daß die reichen Leute die Güter in ihren Speichern anbauen und die große Wasse des arbeitenden Volkes im Elend und Hunger zu grunde geht, weil zu viel vorhanden ist. Mit der Beseitigung der Ausbeutungsvorrechte des Großkapitals wird auch der Absatz der Produkte gesichert, nicht zum Fluch und Schaden für die Bevölkerung, sondern zum Segen für das ganze Volk. Denn im selben Maße, wie die Produktion und Verteilung der Güter sozialisiert und verbessert wird, steigt auch das Kulturniveau des ganzen Volkes. Dann braucht das Proletariat auch die Wohlthaten der reichen Leute, bei Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und der Tuberkulose nicht mehr. Ist es denn nicht geradezu ein bandaloser Zustand, daß diejenigen, die sich mühen und quälen, zum großen Teile in so furchtbarem Elend leben, daß sie trotz allen ehrlichen Fleisches noch nicht einmal in der Lage sind, ihren Kindern Milch zu verschaffen? Ist es nicht scandalös, daß diese Leute aus Mangel an Nahrung der Proletariertum zum Opfer fallen und Altmänner annehmen müssen von Leuten, die nichts tun und Millionen verdienen, indem sie die Arbeiter ausbeutet? Wenn nicht mehr eine Ausbeutungsschicht sich großzügig kann an dem, was das arbeitende Volk erzeugt, braucht es keine Wohlthaten mehr. Das Ziel der ganzen parlamentarischen Arbeit muß heute sein, der sozialistischen Produktion und Güterverteilung die Bahn zu ebnen, und die Sozialpolitik darf nur die Aufgabe haben, der Übermacht des Großkapitals entgegenzutreten. Die einzige Aufgabe der Sozialpolitik besteht darin, der Allmacht des Großkapitals die Grenzen zu ziehen, die notwendig sind zum Wohle der Gesamtheit und im Interesse der Kulturdarstellung."

Wir haben diesen trefflichen Ausführungen nichts hinzuzusetzen, hoffen aber, daß unsere Kollegen sie beherzigen und in der praktischen Aktion, die jetzt mit der beginnenden Saison überall mit vereinten Kräften aufgenommen werden muß, bemühen werden.

Kindersterblichkeit und Klassenscheidung.

Die Kindersterblichkeit ist eine der traurigsten Massenerscheinungen. Vor Erreichung des 14. Lebensjahrs starben zum Beispiel in Preußen von 1000 Geborenen 396.

In sehr bemerkenswerter Weise wird die Bugehörigkeit der Eltern zu verschiedenen Gesellschaftsklassen als ur-

sächliches Moment für eine erhöhte oder verminderte Lebenswahrscheinlichkeit untersucht in einer Arbeit des Berliner Arztes Dr. Hamburger in seinem trefflicher Wochenschrift für soziale Medizin usw. Auf Grund eines verhältnismäßig reichen Materials stellt Dr. Hamburger fest, daß von 7261 Kindern aus Proletarierfamilien 3077 das mit 16 Jahren angenommene erwerbsfähige Alter nicht erreichten. Aus 10 000 ungerichtet, ergibt das 5061 Kinder, also mehr als die Hälfte, die ihren proletarischen Eltern nur zur Last fielen, nicht bis zum Alter eigener, wenn auch beschränkter Arbeitsfähigkeit gebracht werden konnten. Nur 4938 von 10 000, also weniger als die Hälfte der Berliner Proletarierkinder gelangten zur Selbstständigkeit. Bei den Reichen überschritten unter 416 Kindern 341 das 16. Jahr, während bloß 75 Kinder togebooren wurden oder vor dem erreichten sechzehnten Jahre starben. Während vor dem erreichten 16. Altersjahr von

10 000 Arbeiterkindern 5061 starben, so von

10 000 Kindern Reicher 1802, das heißt: die Lebenswahrscheinlichkeit der Kinder aus proletarischen Familien ist gewaltig geringer als die bei den Kindern der Besitzenden.

Dr. Hamburger hat die Kindersterblichkeit in verschiedenen sozialen Schichten sehr eindringlich untersucht und sehr bemerkenswerte Resultate feststellen können. So fand er, daß die proletarische Kindersterblichkeit desto größer wird, je zahlreicher die Kinderzahl in der Arbeiterfamilie ist, während diese Erscheinung weniger stark oder überhaupt nicht in den Familien der Reichen in Erscheinung tritt. Rundt man je 10 000 proletarische Kinder aus Familien mit je einem, je zwei, je drei usw. bis zu Familien mit je mehr als 15 Kindern an, so übertritten das 16. Lebensjahr von je 10 000 Kindern aus Arbeiterfamilien mit je

einem Kinde	7617
zwei Kindern	6690
drei	6846
vier	6114
fünf	6000
sechs	5536
sieben	5392
acht	4850
neun	4805
zehn	4500
elf	4503
zwölf	4348
dreizehn bis fünfzehn Kindern	4004
mehr als fünfzehn Kindern	3066

Diese Zahlen sind von einer erschütternden Wirkung, zeigen sie uns doch auf das deutlichste, wie die proletarische Familie außer Stande ist, mehreren Kindern die erforderliche Lebenskraft, die nötige Pflege und Ernährung anzubringen zu lassen. Weit höchsstens drei Kinder vorhanden sind, ist die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß zwei Drittel überleben, bei vier bis sieben Kindern muß mit dem Absterben der Hälfte im jugendlichen Alter vor erichteter Erwerbsfähigkeit gerechnet werden. Bei acht und mehr Kindern ist der frühzeitige Tod von mehr als der Hälfte bis zu drei Vierteln der Nachkommenzahl zu erwarten.

Ganz andere Resultate ergibt die Betrachtung eines freilich viel kleineren Zahlmaterials aus vermögenden Familien. Es vollendeten das 16. Lebensjahr, wieder berechnet auf je 10 000 Kinder, von Familien mit

einem Kinde	10000
zwei Kindern	8750
drei	8859
vier	8125
fünf	7693
sechs	9167
sieben	6857
acht bis dreizehn Kindern	7368

Selbst bei den ungünstigsten Verhältnissen überschreiten somit mehr als zwei Drittel der Kinder der Reichen das 16. Lebensjahr, während die Proletarierkinder bloß dann mit dicker Wahrscheinlichkeit rechnen können, wenn die Eltern höchstens zwei Kinder haben. In den Familien der Reichen verhindert das nachfolgende Kind zumeist überhaupt nicht die Lebenswahrscheinlichkeit der älteren Geschwister. Ist aber diese Tatsache vereinzelt zu finden, so äußert sie sich nur mit geringer Kraft. In der Arbeiterfamilie ist es dagegen klar erwiesen, daß jedes folgende Kind die Lebenswahrscheinlichkeit der früher in dieses Sammertal gekommenen Kinder derselben Eltern vermindert.

Natürlich sind die Knäblein und Mägdelein an der verminderten Lebensfähigkeit ihrer Brüder und Schwestern völlig unschuldig; es wäre auch falsch, den Eltern eine Schuld beizumessen. Freilich geschieht dies nur zu oft, insbesondere von der malthusischen Lehre und von der Schule der Neomalthusianer, von denen die einen den Geschlechtstrieb nur als ein Recht des Besitzenden betrachten, während die anderen die soziale Frage zu beantworten glauben, wenn sie die Volksvermehrung mindern durch Methoden, die den Geschlechtstrieb zwar nicht einschränken, aber seine Wirkung aufheben. Bei den beständigen Klassen haben diese Theorie viel mehr Anhänger, als man glaubt. Nur wenige befremden sich zu diesen Lehren, aber viele halten sie für die tiefste sozialpolitische Weisheit. Sie meinen, daß alles soziale Elend in einer zu starken Volksvermehrung begründet sei, daß jede Minderung der Volkszahl Erhöhung der Lebenshaltung, größeres Familienglück, verminderte Sorgen, Verringerung der sozialen Gegenstände zur Folge haben werde. Ein Hinweis auf Frankreich, wo seit Jahrzehnten die Bevölkerung fast gar nicht fortgeschreitet, wo das Zweifamilienhaus ausgeblieben ist, lehrt uns, wie falsch diese Theorie ist. Frankreich wird ebenso wie die Länder mit der stärksten Bevölkerungszunahme, wie Deutschland, Russland, von schweren Krisen heimgesucht. Auch dort herrschen Not, Elend und Arbeitslosigkeit, wie in den angeblich übervölkerten Ländern. Ein Wirklichkeit gibt es kein übervölkertes Land, weil alle Wirtschaftsgebiete in stande sind, ihre Bevölkerung zu ernähren, entweder durch die Produktion ihres eigenen Bodens oder durch den Austausch fremden Getreides gegen industrielle Produkte. Nicht in der starken Volksvermehrung liegt die Ursache des sozialen Elends, sondern in dem privaten Besitz an den Produktionsmitteln. So erscheint auch der Vergleich der Zahlen der Kindersterblichkeit in proletarischen und in begüterten Familien als eine lämmende Anklage gegen die herrschende Ordnung, als eine der am meisten aufreizenden Tatsachen in unserer Zeit der Klassenkämpfe.

Die Frau als Kämpferin im Kampfe ums Dasein.

Wie viel ist schon über dieses Kapitel geredet und geschrieben worden! Und wie wird trotzdem im allgemeinen so sehr wenig dieser Dringe vom Arbeiter Beachtung geschenkt. Gerade jetzt, im Zeichen des wirtschaftlichen Rückgangs, ist es doppelt nötig, sich einmal die Fragen vorzulegen: Hast du immer in deiner Frau keinen Komraden, keinen Kämpfer und Streiter gesehen? Hast du das Nötige getan, um deine Frau darüber aufzuklären, wie es kommt, daß du trotz aller Mühe und Arbeit nicht in der Lage bist, ihr bei den bedeutend erhöhten Lebensmittelpreisen auch ein entsprechend höheres Wochenlohn zu verabreichen zu können? Kann man sich diese Fragen mit "Ja" beantworten, gut, wenn nicht, so sollte man dies in gewissem nachholen. Man sollte sich gefragt sein lassen, ob sich diese Unterlassungssünde zu gegebener Zeit rächen kann.

Wenn ein jeder Arbeiter sich seiner Pflicht in dieser Beziehung bewußt wäre, würden sich in Seiten von Arbeitslosigkeit bei Streiks und Aussperrungen die Fragen auf einen ganz anderen Standpunkt stellen, wie bis manchesmal jetzt zu beobachten ist. Mit es aber natürlich, daß eine Frau verbittert und unmutig wird, wenn bei wirtschaftlichen Kämpfen das Wochenlohn später fließt als sonst, obwohl die Frau eines Arbeiters sich auch sonst wohl nicht über die allzugroße Höhe des selben beklagen kann. Sehr wohl kann man dies begreifen, ist es doch in allerster Linie die Frau, die mit diesem Mangel zu leiden hat, die es fertig bringen will, allzypäpstlichen Mitteln für die Familie Essen, Kleider, Wohnung zu beschaffen.

Wie oft ist auch in normalen Zeiten die Tatsache verzeichneten, daß in dem Arbeiterhaushalt Schmalzans gewaltig Küchenmeister ist. Müssten sich einer unaufgeklärten Frau nicht so manchesmal trübe Gedanken machen, wenn der Mann verzweift heimkehrt von der Arbeitssuche, immer und immer mit dem Bescheid: "Nichts gefunden." Muß nicht auch die Frau in den meisten Arbeiterfamilien mitverdienen? Muß sie nicht oft bis in späte Nacht an der Röhmaschine sitzen, um auch ihr dazu beizutragen, um im Kampfe ums Dasein nicht unterliegen. Sieht man in Betracht, daß eine Frau als schon eine ganz bedeutende Arbeitsleistung zu vollbringen hat, wenn ihr die Beforgung des Haushaltes, die Kleidung der Kinder, die Sorge um Ernährung und Kleidung für Mann und Kinder obliegt, so muß es eine Frau doppelt hoch angerechnet werden, wenn sie trotz dieser häuslichen Arbeit Zeit findet, mitverdienen zu können, wäre es auch nur wenig.

Alle diese Momente lassen es begreiflich erscheinen, daß sich der Frauen zu Seiten eine gewisse Verbitterung bemächtigt. Und man kann sehr oft beobachten, daß diese Verbitterung bei unaufgeklärten Frauen in einem ganz anderen Maße Lust macht als bei aufgeklärten. Den unaufgeklärten Frauen bekommt man sehr oft die Neuerung zu hören: "Es ist schade um das Geld, mein Mann Woche für Woche für den Verband zu arbeiten, wie haben doch nichts davon. Andere sind auch nicht verhindert und bekommen auch so viel Brot als ich kann." Derartige Neuerungen dieser Frauen beweisen, daß die Männer derselben in Bezug auf Auskämpfung ihres Brots sehr viel, wenn nicht alles unterlassen haben. Sicherlich, sich aufgeklärt nennende Arbeiter sollte sich aufsichts dieser Tatsachen angelegen sein lassen, dem Gedanken einer seiner Frau die größtmögliche Bedeutung zu schenken. Er sollte bereits bereits im Brautstande, und dies möglichst hauptsächlich unsere jüngeren Kollegen merken, seine künftigen Lebensgefährten das Brotschilbern, das ihn in einer Arbeiterehe harrt. Alle Konsequenzen sollte ihr vor Augen führen, ihr alles das sagen, was eventuell eintreten kann und sie nicht im Unklaren darüber lassen, daß sie einer sorgenvollen Zeit entgegengesetzt, ihr Leben an seiner Seite zu verbringen.

Leider wird auch hierin sehr gesündigt. Diese Unzufriedenheit rächt sich, wie schon angegeben, oftmals bitter, und zwar dann, wenn Seiten der Arbeitslosigkeit, Streiks oder Aussperrungen eintreten. Gerade in diesen Fällen zeigt es sich dem Arbeiter, wie wohl man daran tut, wenn man seine Frau von jenseits als Komraden, Kämpfer und Kämpferin betrachtet hat.

Bei jeder passenden Gelegenheit ist es unbedingt, seiner Frau den Zweck und Nutzen der Weltwirtschaftsorganisation auseinander zu setzen.immer und immer muß den Frauen gelehrt werden, daß ein jeder Pfennig, der für die Organisation ausgegeben wird, hundert- und tausendfältig Früchte bringt. Vorgerechnet muß ihr werden, daß eine Lohnverhöhung nur einigen Pfennigen pro Stunde, die die Organisation erlämpigt, mehr als das Doppelte einbringt, was für die Weltwirtschaftsbeiträge ausgetragen wird. Gesagt muß ihr weiter, daß die Organisation es ist, die die Organisationen einzigt, mehr als das Doppelte einbringt, was für die Weltwirtschaftsbeiträge ausgetragen wird. Gesagt muß ihr weiter, daß die Organisation es ist, die die Organisationen verhindert, daß dem Arbeiter vom Unternehmertum das Brotschilben ganz über die Ohren gezogen wird. Sagen muß er seiner Frau noch, wie unendlich verächtlich es wäre, wenn er zu denen gehörte, die absichtlich im großen Organisationskampfe der Arbeiterklasse stehen, daß keinen Achtung vor einem Mannen haben, der nichts tut, um die Lage seiner Familie und seine Eltern zu verbessern, der zu denjenigen gehört, die wohl ernsthaft nicht sät wollen, und daß er es nicht verantworten könnte, daß einst seine Kinder sich sagen müssen: "Der Vater hat nichts getan, um euch eine bessere Existenz möglichkeit zu schaffen."

Über alle diese Punkte muß die Frau aufzuklären. Und wie leicht ist es für einen geistig gesunden Arbeiter, seine Frau über diese so wichtigen Fragen aufzuklären, wenn er seine Gewerkschaftspresse zur Kenntnis nimmt und es sich angelegen sein läßt, ihr deren Material zu zeigen. Überhaupt ist als wertvolles Material nicht nur die Gewerkschaftspresse, sondern gesammelte Arbeiterpresse überhaupt zu bezeichnen. Für den Arbeiter muß man die Frau zu interessieren suchen. Sie machen muss man ihr vor allen Dingen, daß die örtliche Klatschpresse und die in ihr enthaltenen Bettelgeschichten nicht

eignet ist, Wissen zu verbreiten, sondern vielmehr dazu angeht, den Arbeiter und seine Frau in Unkenntnis seiner überaus traurigen Stellung zu erhalten. Hauptsächlich liegt im Punkte Lohn der Arbeiterspreche noch sehr vieles im Argen. Und selbst sehr viele Arbeiter legen noch in dieser Beziehung einen recht bedauerlichen Indifferenzismus an den Tag. Wenns jucht, der krahe sich.

Noch etwas darf nicht unerwähnt bleiben. Und dies ist der Besuch der Versammlungen und sonstiger Veranstaltungen, auch gesellschaftlichen und aufklärenden Charakters. Wie oft werden in den Versammlungen Themen erörtert, die auch die Frau zu interessieren und aufzuklären geeignet sind. Aber leider, wie wenig sieht man Arbeiter, die ihre Frauen zum Besuch der Versammlungen anregen, resp. ihre Frauen in die Versammlungen mitbringen.

Ein gut Teil Aufklärungsarbeit könnte hierbei geleistet werden und würden viele Frauen mit ihren Männern denken und fühlen lernen.

Betr. der gesellschaftlichen Veranstaltungen lassen es sich Partei und Gewerkschaften angelegen sein, ihren Mitgliedern Wertvolles und Gutes zu bieten. Am Orte, wo Schreiber dieses seinen Wohnsitz hat und auch in allen größeren Städten ist dies der Fall, besteht eine "Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege", die auf diesem Gebiete schon sehr viel Erfreuliches geschaffen hat und noch schaffen wird. Hauptsächlich geschieht dies durch Veranstaltung von Dichterabenden, Recitalsabenden, Lichtbildvorträgen, billige Volksvorstellungen unter Mitwirkung künstlerischer Kräfte, wo dem Arbeiter wertvolle Erzeugnisse der Theaterliteratur vorgeführt werden. Zu allen diesen Veranstaltungen sollten die Arbeiter ihre Frauen führen. Diese Veranstaltungen sind doch größtenteils so überaus billig, daß keiner sagen kann, er sei dazu nicht in der Lage. Auf diese Weise werden auch die Frauen dazu erzogen, wirklich Gutes von Minderwertigem zu unterscheiden; dadurch wird ein heiteres Moment, etwas Geistiges Vieriges in ihr Leben gebracht.

Alles dies Ausgeführt ist ja nun eigentlich Binsenwahrheiten. Aber es ist ja doch meistens immer so, daß dem Selbstverständlichen sehr wenig oder gar keine Beachtung geschenkt wird. Mancher Leser wird sagen: „Ja, dies alles weiß ich schon“. Aber, ob er schon einmal daran gedacht, dies hier Verführte in die Tat umzusehen, dürfte füglich zu bezweifeln sein.

Es wird wohl manchmal über den Unverstand der Frauen und Mädchen gewettet, daß aber ein sehr großer Teil Schulz auch mit am Manne liegt, wird leider nicht erkant. In vielen Beziehungen ist schon das Mädchen gegenüber dem Manne benachteiligt. Oftmals heißt es auch beim Arbeiter leider: „Dem Jungen alles, dem Mädchen nichts.“ So ist von Jugend bis später, immer wird die Gleichberechtigung des Weibes vom Manne nicht anerkannt, und wie ist doch der Arbeiter am besten in der Lage, aufwärts auf seine Frau einzurücken zu können. Bei jeder Versteuerung der Lebensmittel, Steigerung der Wohnungsmieten, bei allen diesen Gelegenheiten ist es ihm in die Hand gegeben, seine Frau über den Grund der Versteuerung aufzuläufen, aufzuläufen darüber, daß gegen diese Misere nur der Zusammenhang der Arbeiterkasse helfen kann.

Wenn dies von jedem aufgelistet sein wollenden Arbeiter und Kollegen beachtet wird, wird auch unter den Frauen Kampfesmut Platz efreien und werden sie ihren Männern nicht fernherin mehr hindern im Wege stehen, wenn es gilt, Schulter an Schulter mit ihren Arbeitsgenossen für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Man erziehe seine Frau zur Mittäufserin, man betrachte sie als gleichberechtigt, man kläre sie auf und man wird mit Freuden erkennen, daß es leichter ist, über schwere und kritische Seiten hinwegzukommen, wenn man eine aufgelaufte Frau zur Seite hat, eine Frau, die ihrem Manne auch in der Tat eine Lebensgefährtin und Mittäufserin ist.

S. U.

Lohnbewegung.

Zugang ist fernzuhalten von:

Münster i. W., Delsniz i. W., Nürnberg und Regensburg.

Ebenso möchten wir die Kollegen darauf aufmerksam machen, daß in Frankfurt a. M., Karlsruhe und Mannheim Aussperrungen bevorstehen.

Gesperrt sind: In Haspe das Baugeschäft von H. Stradtmann, in Worms die Möbelfabrik von Kahn & Co.

In Kiel, Stettin und Flensburg sind Aussperrungen auf den Werkstätten vorgenommen worden, wodurch auch ein Teil unserer Mitglieder betroffen wurde. Zugang muss ferngehalten werden!

— In Einzelwalde sind die Kollegen in Lohnbewegung eingetreten, da bereits mehrere Kollegen entlassen, ist Zugang fernzuhalten.

— Münster i. W. Im Jahre 1908 wurde unter Ausschaltung unserer Organisation von den Christlichen ein Tarif abgeschlossen, der eine zehnstündige Arbeitszeit und Mindestlöhne von 48,- für Gehilfen über 21 Jahre, 40,- für Gehilfen unter 21 Jahren und für Gehilfen im ersten Jahre nach bestandener Lehrzeit 38,- pro Stunde vorstellt. Außer diesen minimalen Lohnsätze war der Tarif mit manchem unnützen Ballast beladen, was durch Kündigung zum 15. März beseitigt werden sollte. In gemeinschaftlicher Sitzung mit der christlichen Organisation wurden unsere Forderungen: 9½ stündige Arbeitszeit, Mindestlöhne für Gehilfen über 20 Jahre 50,- für Gehilfen unter 20 Jahren 46,- aufgestellt. Hierauf wurde uns von dem Unternehmerverband der bisherige Tarif ohne Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, mit nachfolgenden Verbesserungen überreicht: „Für diejenigen Gehilfen, welche die Geellenprüfung nicht bestanden haben, wird die Lohnfestsetzung der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Gehilfen überlassen“, und „Das Holen und Holenlassen, sowie das Trinken von geistigen Getränken, besonders Schnaps, während der Arbeitszeit ist strengstens verboten.“ In der stattgefundenen Verhandlung, woran der Geschäftsführer des Unternehmerverbandes, Herr Werner-Barmen teilnahm, musterten die Verhandlungen nach fast fünfstündiger Dauer resultlos

geschlossen werden, da jegliche Lohnnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung abgelehnt wurde. In einer gemeinschaftlichen Versammlung der Gehilfen wurde die Arbeitszeitverkürzung zurückgezogen in der Annahme, daß nun auch die Unternehmer Zugeständnisse hinsichtlich des Lohnes machen würden. Anstalt von neuem zu verhandeln, wurde uns mitgeteilt, daß sie bereit sind, den bestehenden Tarif bis zum 31. Dezember 1909 zu verlängern. Am 16. März, nach Ablauf des Tarifs, sperrte eine Werkstätte aus, was jedenfalls eine Provokation der Gehilfen darstellen sollte, um sie zur Arbeitseinstellung zu treiben. Die Arbeitseinstellung wurde nicht nach Wunsch der Unternehmer, sondern am 25. März beschlossen und am 26. fast allgemein durchgeführt. Daß die Münsterschen Meister die geforderten Löhne bezahlen können, geht daraus hervor, daß die maßgebendste Firma Gehilfen zu 60,- Stundenlohn sucht. Auch in auswärtigen Blättern werden Gehilfen gefucht, sogar im Hamburger General-Anzeiger. Kein ehrlicher Kollege darf in Seiten des Kampfes auf berartige Annoncen achten, weist alle Angebote von dieser Seite streng von sich, studiert und achtet vorsichtig auf unsere Presse!

Nürnberg. Am 25. März hielten die Kollegen eine Mitgliederversammlung ab, welche außerordentlich gut besucht war. Kollege Löbler referierte über die in Mannheim stattgefundenen Verhandlungen mit den Unternehmern und den Stand der Lohnbewegungen innerhalb unseres Berufes. Während sich die Lohnbewegungen in Norddeutschland sowie im Königreich Sachsen auf friedlichem Wege erledigen, zeigt es sich in Süddeutschland, daß die Unternehmer durchaus nicht gewillt seien, irgend welche Zugeständnisse zu machen. In Mannheim, Frankfurt und Darmstadt seien sogar Verschlechterungen des bisherigen Arbeitsvertrages in Aussicht gestellt, und dazu soll der Arbeitgeberverband noch die Absicht befindet haben, den zukünftigen Tarifvertrag, der sich über ganz Deutschland erstrecken soll, nur unter Hinzuziehung der Gelben sowie der Hirsch-Dunderschen Organisation als Kontrahenten zum Abschluß zu bringen. Da die gelbe Organisation keinerlei Mitglieder innerhalb unseres Berufes aufweise, auch die im Gewerbeverein organisierten Berufskollegen nur in unbedeutender Zahl in Betracht kommen, so sei von unseren Vertretern dagegen Protest erhoben und die Verhandlungen vorläufig geteilter. Das Verhalten der Vertreter unserer Organisation wurde von der Versammlung gutgeheissen. In der nachfolgenden Diskussion wurde auch das Verhalten der Unternehmer in Nürnberg einer scharfen Kritik unterzogen und zuletzt gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute tagende Mitgliederversammlung empfiehlt den lebigen Kollegen, im Laufe der nächsten Woche das Arbeitsverhältnis zu lösen und die Stadt Nürnberg zu verlassen. Die Arbeitgeber im Malergewerbe haben in Verbindung mit dem mittelrheinischen Arbeitgeberverband des Baugewerbes bereits im vorigen Jahre durch ein Circular an die Kundenschaft darauf hingewiesen, daß mit dem 15. April d. J. der Lohntarif im Maler- und Tünchergewerbe zum Ablauf kommt und daß die Gehilfen beabsichtigen, in einem Streit einzutreten, und ersuchen daher um baldmöglichst Aufträge auf die etwa notwendigen Arbeiten. Auf die am 28. Februar an die Arbeitgeber gerichteten Forderungen der Gehilfen haben diese bis heute noch keine Antwort erhalten, und es ist daher anzunehmen, daß mit Ablauf des Tarifs am 15. April die Arbeitgeber, ähnlich wie in den übrigen Orten Süddeutschlands einen verschlechterten Tarifvertrag unterbreiten und bei Nichtanerstattung seitens der Arbeiter die Aussperrung erfolgen wird. Auch in dem offiziellen Organ des Süddeutschen Malerverbands wurde bereits darauf hingewiesen, daß bei Streits oder Aussperrungen die Gehilfen auf die schwarze Liste zu setzen sind, die in allen Ortsgruppen bekannt gegeben wird, so daß diese Gehilfen nirgends in Arbeit genommen werden. Um solcher Aussperrung zu entgehen, empfiehlt die heutige Versammlung den Kollegen nochmals dringend, Nürnberg zu verlassen.“ Nach einer diesbezüglichen Umfrage ergab sich, daß bereits 126 Kollegen die Absicht von Nürnberg abtreten, der Verwaltung und gegeben haben, und es dürfte die nächsten Tage eine größere Anzahl folgen.

— Delsniz i. W. Unsere hiesigen Meister können es nicht verwundern, daß wir ihnen im Vorjahr eine Lohnerhöhung und, was sie am meisten empfiehlt, einen Tarif abtraten. Daß schon die Fortsetzung eines Minimallohnes von 38,- für uns einen Erfolg bedeutete, beweist hinsichtlich, wie ungemein niedrig die Löhne bisher gewesen waren. Selbstverständlich richtete sich die Wut der Delsnitzer Meister seitdem gegen unsere Organisation, wissen sie doch, daß sie ohne diese der unbeschrankten Aussperrung auch noch jerner hätten ungestört obliegen können. Um sich nun so recht in ihrer ganzen Arbeiterfeindlichkeit zu zeigen, verpflichteten sich die Herren, von denen die meisten ganz gewöhnliche Kleinkräuter sind, unsere organisierten Kollegen nicht mehr zu beschäftigen. Selbstverständlich wird nun dafür geforgt werden, daß dieser Scharfacherstreich der von den Alliierten des neu gebildeten Arbeitgeberverbandes angestellten Delsnitzer Gerngroße diesen keinen großen Segen bringen wird. Den so auf die Straße gesetzten Gehilfen ist es zunächst gelungen, der Rundschaft plausibel zu machen, daß sie bisher an die übermäßig gewordenen Unternehmer in Anbetracht der von ihnen gezahlten traurigen Löhne viel zu hohe Preise gezahlt haben und es ist daher kein Wunder, daß ein großer Teil sofort ihre Arbeiten den willkürlichen Aussperrern übertrug, zumal ja die Rundschaft nur zu genau weiß, daß in den allermeisten Fällen lediglich die entlassenen eingerichteten Kollegen diejenigen waren, von denen die ordnungsmäßige Herstellung der Arbeiten einzigt und allein abhängt, während die Unternehmer lediglich die Gelder einsammelten. Ferner werden wir alles tun, um den Zugang fremder Kollegen, wenigstens soweit es sich um einigermaßen brauchbare Arbeitskräfte handelt, streng fernzuhalten. Wir ersuchen die Kollegenschaft, uns in diesem Bestreben zu unterstützen und Delsniz i. W. streng zu meiden. Geschieht dies, dann werden unsere Unternehmer sich noch zeitig genug bei denen „bedanken“, die sie zu ihrem schriftmächerischen Vorgehen aus Neigung zu unbeschränkter Aussperrung verleitet haben.

Aus unserem Berufe.

Christliche Nationalökonomie.

Unsere unfreie Kollegin, der „Deutsche Maler“, die hin und wieder Unfälle von „Modernismus“ hatte, bemüht sich krampfhaft, wieder unter das alte ultramontane Hochaurückzufrieden und jede Spur einer modernen Gesinnung zu verwischen. Zu dem Zwecke hat sie sich von irgend einem geistlichen Berater in M.-Gladbach einen Artikel schreiben lassen, der sich mit unserer Artikelseerie „Der Herr Obermeister als Nationalökonom“ beschäftigt. Dieses Opus nationalökonomischer Weisheit, die auf dem Boden christlicher Weltanschauung erwachsen ist, enthält einige Sätze, die wir richtig stellen wollen.

„Es ist unrichtig, wenn unsere unfreie Kollegin (ohnes Gänselfischen!) schreibt: „Nach dem „Vereins-Anzeiger“, der sich auf Marx beruft, kommt für einen gewinnbringenden Produktionsprozeß einzig und allein die Ausbeutung der Arbeitskraft des Arbeiters in Betracht.“ Wir sind bissig und fragen verwundert, wo und wann wir jemals eine solche Behauptung aufgestellt haben. Wir haben ja gerade hervorgehoben, daß im Produktionsprozeß die Tätigkeit des Unternehmers oder des Leiters und die Art der Produktivmittel neben der Arbeitskraft des Arbeiters eine Rolle spielen. Wir unterschieden scharf zwischen dem Einkommensteil, den der Unternehmer aus seiner eigenen Tätigkeit im Betriebe und demjenigen, den er aus der Verwendung fremder Arbeitskraft bezieht, und behaupteten, daß der Kapitalgewinn — wohlverstanden der Gewinn, der Mehrwert, den das Kapital als Gesamtheit, nicht der einzelne Kapitalist macht — lediglich aus der Ausbeutung fremder Arbeitskraft herrührt.

Es ist ferner unrichtig, daß wir der Kalkulation beim Profitmachen jede Bedeutung abgesprochen haben, im Gegenteil, wir haben hervor, daß der Mehrwert durch eine schlechte Kalkulation wieder zum Teufel gehen kann und erläuterten dies durch das Beispiel vom Skatspielen. Es ist ja selbstverständlich, daß ein Geschäftsmann keine Geschäfte machen kann, wenn er das Geld, das ihm seine Arbeiter einbringen, durch verfehlte Kalkulationen oder mangelhafte Berechnungen wieder verpulvert. Das weiß jedes Kind. Was wir aber bestritten, ist die Ansicht, daß der Unternehmer eigentlich aus der Kalkulation entspringe. Es ist doch ganz etwas anderes, wenn ich sage: „Mein Portemonnaie schützt mich davor, daß ich mein Geld verliere!“ oder ob ich sage: „Mein Portemonnaie besitzt die wunderbare Eigenschaft, daß es Geld erzeugt!“ Verstehen Sie nun den Unterschied, christliche Kollegin!

Es ist endlich unrichtig, wenn unsere Kollegin behauptet, daß sich der Ausbeutungsgrad der Arbeit lediglich nach der Höhe der Löhne reibt, der Länge der Arbeitstage nicht richte. Hat unsere Kollegin schon jemals etwas von der Erzeugung des relativen Mehrwerts gehört? Mag sie doch ihren Mitarbeiter bitten, das Kapitel in Marx „Kapital“ nachzulesen. Dann wird ihm eine Lektüre aufgegeben. Neben die Unschauung des Artikelschreibers bezieht sich der menschlichen Arbeitskraft als Werterzeugerin wollen wir kein Wort verlieren; die diesbezüglichen Ausführungen bilden ein Widerpart von halbverstandenen und halbverdauten nationalökonomischen Broten.

Zum Schluß erklären wir, daß wir zu einer sachlichen Diskussion bereit sind, möchten aber unsere christliche Kollegin in aller Geduldslösung darauf aufmerksam machen, daß es wenig sachlich klingt, wenn man — wie sie es tut — dem Gegner vorwirft, daß er Unstimm vertrage, seine geistigen Einkäufe beim sozialdemokratischen Altkrödler mache und eine einfältige Theorie aufstelle. Doch das ist nun einmal die alte Geschichte: Die Herren Christen glauben das Recht zu haben, ihre Gegner anzulegen und anzupöbeln, verteidigt sich der Gegner aber mit scharfen Worten, so besitzen die Christen ein mimoläufiges Hartgefühl und schreien über eine unfaulige Diskussion.

* „Der Maler“ ist nach unserer Erwidern in Nr. 12 auf seine vorherige Anspielung unserer Mitglieder hin auf einmal recht kleinlaut geworden. In lebenswürdiger Weise gibt er uns zu verstehen, daß „etwas mehr Takt uns gewiß nicht überstehen würde“. Dies billige Rezept hätte er nur vorher auf sich selbst anwenden sollen; wir suchen keine Händel und achten jeden anständigen Gegner. Über ebenso energisch weisen wir jeden unberechtigten Angriff auf unsere Organisation und ihre Mitglieder zurück, da wir den Standpunkt R. Baumhachs teilen, wie es in seinen „Gesunden Lebensanschauungen“ heißt:

Wer auf den rechten Wegen sich trifft,
Dem bietet den andern. — So will es die Schrift.
Hau aber zuvor ihn windelreich,
Vielleicht vergiß er den zweiten Streich.“

Jahresbericht der Filiale Frankfurt a. M.

Um 12. März fand die Generalversammlung der Filiale Frankfurt a. M. statt. Der gedruckte Jahresbericht war den Mitgliedern bereits ausgehändiggt und bekräftigte sich die Berichterstattung auf die Hervorhebung der wichtigsten Momente, die wir ebenfalls kurz zusammenfassend hier folgen lassen. Die Filiale hat im Laufe der Zeit ein Gebiet organisiert, das sich auf 97 Bahnhöfen erstreckt und am Jahresabschluß 2628 Kollegen umfaßte. Auch die Agitation im Berichtsjahr war eine äußerst intensive und vor allem umfangreiche, was durch die eigenartige Struktur bedingt ist und die Organisationsarbeit erheblich erschwert. Die in Frankfurt arbeitenden Kollegen sind in über 100 Orten wohnhaft und erstreckt sich deshalb die Haupttätigkeit auf die Bahnhöfe. So handeln in 214 Hallen Versammlungen in denselben statt, die sich in Versammlungen, Hausagitationen, Konferenzen u. v. gliedern. Nicht mit gezählt sind die Fälle, wo zum Anlaß von Verhandlungen mit den Unternehmern Vorstandssitzungen, Werkstattlebene, Streitversammlungen und zum Kontrollieren der Lohngebiete die Bahnhöfe befudt wurden. Über auch in Frankfurt selbst wurde planmäßig an der Gewinnung neuer Kämpfer gearbeitet; so viermal durch Hausagitation über das ganze Stadtgebiet. Ein umfangreiches Adressenmaterial, an dessen Ergänzung ständig gearbeitet wird, leistet uns dabei in der Stadt sowohl wie in den Bahnhöfen vorzügliche Dienste. Die Zahl von 49 Werkstattlebeneversammlungen ist gering, erklärt sich aber aus dem Dranzen der Kollegen nach der Bahn, um möglichst schnell an-

ihren Wohnort zu gelangen. Einen Erfolg für diese bot die persönliche Kontrolle der Arbeitsstellen, die ausschließlich ausgeübt und vom besten Erfolg begleitet war. Allgemeine Versammlungen fanden im Berichtsjahr 19 statt. Ferner 5 Vorträge und 5 Bezirksversammlungen. Weiter wurden 8 Konferenzen abgehalten, zu denen — soweit es sich um geschäftliche Angelegenheiten handelte, die Vertrauensleute der Zahlstellen, bei allgemeinen agitatorischen Zwecken auch die Vertrauensleute der Werkstellen anwesend waren.

Der Vorstand erledigte seine Arbeiten in 34 Sitzungen. Die Korrespondenz ist in einem Maße gewachsen, daß durchschnittlich täglich 62 Sendungen ein- und 186 ausgingen, wodurch ein großer Teil der verfügbaren Zeit in Anspruch genommen wird.

Wohnbewegungen gab es im Jahre 1907 wieder einen beträchtlichen Teil, sie waren aber erfreulicherweise auch erfolgreich. Nunmehr größere Gebiete werden der Organisation erschlossen und ist es dadurch möglich, auch in den Neustadt und entfernt liegenden Orten für gezeigte Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten. Dies Ziel zu erreichen, ist in diesem Jahre ein gut Stück gefordert worden. Die Bewegung in Frankfurt setzte auf Drängen der Unternehmer, die unsere Forderungen kennen lernen wollten, zeitig ein. Dann aber wurde sie von ihnen in gleicher Weise verzögert. Diese Bewegung brachte eine Erhöhung der Stundenlöhne um 3 %.

In Fechenheim wurde ein Vertrag abgeschlossen, der einen Stundenlohn von 48 Pf für Gehilfen von über 21 Jahren und einen solchen von 38 Pf für solche unter 21 Jahren vorsieht bei 10stündiger Arbeitszeit und mit der Bestimmung, daß die Löhne am 1. April 1908 um 2 % steigen.

In Bonn wurde ebenfalls erstmals ein Vertrag abgeschlossen mit genau den vorstehenden Bestimmungen.

In Hödelheim kam es nicht zum Abschluß, aber durch mehrmaliges Verhandeln und werkstattleises Vorstellen werden bei Besetzung des Bevollmächtigten wurden Zugeständnisse in der Höhe und Form der gestellten Forderungen erzielt, so daß eine Erhöhung der Löhne um 5 % eingetreten ist.

In Bielefeld kam es zu einem weiteren Vertragabschluß. Hier einigte man sich durch persönliches Verhandeln auf 10stündige Arbeitszeit, 52 Pf Mindestlohn und 40 Pf für Kollegen unter 20 Jahren.

In Höchstädt a. M. kam es zu einem dreiwöchigen Streit, der nicht zum Abschluß eines Vertrages, aber zur Erhöhung der Löhne um 3 % geführt hat. Die große Metallarbeiteraussprache zog die Lackierer stark in Mitleidenschaft. 124 Kollegen waren davon betroffen. Auch dieser Kampf hat eine Reihe von Verbesserungen gebracht, so u. a. eine Verkürzung der Arbeitszeit.

In Neuss wurde im Frühjahr eine Bewegung eingeleitet, die eine Erhöhung der Löhne brachte. Dieselbe war aber keineswegs zufriedenstellend und so wurde gemeinschaftlich mit den Holzarbeitern im Herbst erneut in die Bewegung eingetreten. Dieser Kampf ist im Bericht vom Bezirksleiter des 2. Bezirks eingehend gewürdig, bemerkt jetzt nur, daß es außerordentlich bedauerlich ist, daß so viele Kollegen auf die Annoncen der Unternehmer hereinfallen, indem sie sich nicht vorher bei der Hilfsverwaltung in Frankfurt erkundigen.

Der Statistik wurde im Berichtsjahr wieder viel Sorgfalt gewidmet. Die monatlichen Erhebungen über die Krankheit und Arbeitslosigkeit bieten ein reiches Material und zeigen die Unsicherheit unserer Erwerbsverhältnisse. Im Durchschnitt beteiligten sich 1361 Kollegen an der Statistik und waren dieselben 38 217 Tage arbeitslos und 10 609 Tage franz. oder insgesamt 48 826 Tage. — Die Befragten waren pro Kopf durchschnittlich 28,1 Tage arbeitslos und 7,8 Tage franz, oder insgesamt durchschnittlich 35,9 Tage.

Durchschnittlich waren von den befragten Kollegen 203 oder 15,2 Proz. arbeitslos und 56 oder 4,1 Proz. franz.

Auf pro Kopf der Arbeitslosen entfallen 183,7 Tage und auf pro Kopf der Kranken 189,4 Tage. — Der Lohnverlust durch Arbeitslosigkeit beträgt 155 539,16 M. oder im Durchschnitt pro Kopf der Befragten 114,28 M. — Der Lohnverlust durch Krankheit beträgt 46 843,05 M. oder im Durchschnitt pro Kopf der Befragten 34,41 M. Eine besonders interessante Statistik wurde im Bereich des 2. Bezirks aufgenommen, die sehr reiches Material bietet. In unserer Filiale gingen 2326 Fragebögen ein, wovon 2124 bearbeitet wurden. Nirgends in Deutschland findet man ungünstigere Verhältnisse in Bezug auf den Wohnort gegenüber dem Beschäftigungsort. Daraus erklärt sich auch die überaus hohe Summe von 1531,90 M. wöchentlich für Fahrgeld, das die Kollegen gezwungen sind, auszugeben. Mehr wie zwei Drittel unserer Kollegen wohnen auf dem Lande, teilweise in recht entfernt liegenden Orten. Ein großer Teil dieser Kollegen muß seine Wohnung schon vor 4 Uhr morgens verlassen, abends ist das Verhältnis das gleiche, so daß die tägliche Arbeitszeit zwischen 11 und 17 Stunden differiert. Der Realwert des Lohnes ist deshalb bedeutend geringer wie der in Wirklichkeit bezahlt. Von einem Familienleben kann unter diesen Umständen keine Rede sein, noch viel weniger bei den 198 Kollegen, die nur allwohentlich und nur auf einige Stunden nach Hause kommen.

Die Frequenz des Arbeitsnachweises betrug im Jahre 1907: 1904 Arbeitssuchende, 1104 offene Stellen und 990 Vermittlungen. Auf 100 offene Stellen kamen 172,4 Arbeitssuchende. Auch hier zeigt sich eine steigende Tendenz und stetig wachsendes Interesse.

Die Mitgliederbewegung ergibt eine Zunahme von 526 Kollegen. Die absolute Zunahme beträgt 253, die anderen 283 entfallen auf die Verschmelzung der Filiale Offenbach und Wiesbaden. Erfreulich ist, daß die Streichung der Mitglieder wegen restierender Beiträge bedeutend zurückgegangen ist. Wurden im Jahre 1906: 384 Kollegen gestrichen werden, so waren es im Jahre 1907, trotz erheblichen Mitgliederzuwachses, nur noch 192 Kollegen.

Der Kassenbestand ergibt eine Zunahme von 2041,75 M. Ein weiterer Ausbau unserer Organisation bedeutet auch die Aufstellung eines Einlassierers für das Stadtgebiet Frankfurt. Die damit gemachten Erfahrungen sind als äußerst aufwändig zu bezeichnen.

Ein Rückblick auf das vergangene Jahr auf die Kämpfe und Erfolge derselben gibt uns die Gewissheit, daß auch im neuen Jahre die Organisation durch die Mitarbeit aller Kollegen noch weiter hochgebracht wird und neue Erfolge den errungenen hinzufügen in der Lage ist. Sei jeder mit in diesem Sinne tätig.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Zu den Verhandlungen im Baugewerbe. Nach längeren Verhandlungen vor dem Gewerberichterat zu Berlin wurde am 27. März unter dem Vorsitz des Gewerberichterichtenden Geh. Rat v. Schulz-Berlin, Gerichtsrat Dr. Brenner-München und Beigeordneter Dr. Biedfeld-Essen zwischen dem Vorstande des deutschen Unternehmerbundes für das Baugewerbe und den Zentralverbänden der freien Gewerkschaften der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter sowie dem Christlichen Bauarbeiterverband über ein allgemeines Schema für die in den einzelnen Orten abgeschlossenen Tarifverträge eine Vereinbarung erzielt. Damit sind die allgemeinen strittigen Fragen über tüchtige Arbeiter, Auktionsarbeiter, Agitation, die bisher dem Abschluß von Lokaltarifen hindernd in den Weg traten, außer Streit gelegt. Es ist nunmehr Aufgabe der Zentralverbände, die in dem Schema offen gelassenen Bestimmungen des Tarifvertrages, insbesondere diejenige über Arbeitszeit und Höhe des Lohnes durch örtliche Tarifverträge zu regulieren. Zu diesem Behufe finden vorerst am 1. April in München, am 6. April in Essen, am 9. April in Berlin und am 12. April in Frankfurt a. M. Verhandlungen statt. Dadurch ist die Basis zu einer friedlichen Verständigung im deutschen Baugewerbe gegeben.

Zu einem energischen Protest gegen den Vereinsgesetzentwurf in letzter Stunde fordert die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die gesamte Arbeiterschaft auf. Durch den Unfall der Freisinnigen ist es der Blutnachheit gelungen, das Gesetz noch reaktionärer zu gestalten, als in der von der Regierung vorgelegten Fassung.

Der Dachdeckerverband lehnte durch Urabstimmung den Anschluß an den Zentralverband der Maurer ab.

Arbeiterehre und Ausbenterehre. Der Reichstagsabgeordnete Legien machte vor kurzem im Reichstage folgende treffende Bemerkung: „Dass die Gewerkschaftsbeamten, die wenige Stunden vorher vielleicht von demselben Polizeibeamten schlägt oder von der Straße gewiesen worden sind, weil sie zuversende Arbeitswillige von der Aufnahme abhalten wollen, diesen Polizeibeamten keine Kunst geben, das ist ganz selbstverständlich. Das können die Gewerkschaftsbeamten gar nicht mit ihrer Ehre vereinbaren, an diese Beamten Kunst zu geben. (Lachen rechts.) — Wir haben vielleicht mehr Stolz im Leibe als Sie! (Gehr richtig! bei den Sozialdemokraten, — Lachen rechts.) Sie kennen den Arbeiterstolz noch nicht! Wir ernähren uns von unserer Hände und unseres Geistes Arbeit. Woher Ihre Mittel zur Errichtung kommen, das ist eine andere Frage. Wir haben uns mühsam in unserem Leben eingeschafft, haben als armelinge Handwerker angefangen und uns in den Abend- und Nachstunden geistig zu Bilden gekämpft — Ihnen standen alle Bildungsmitte von Jugend auf zur Verfügung. Die geistigen Leistungen auf der einen und der anderen Seite will ich heute gar nicht abwägen. Ich sage also, die Ehre, die der Arbeiter hat, tauscht er mit der Ehre, die Sie zu beibehalten glauben, absolut nicht ein.“

Ein ostfälischer Klüpfjunker — Freiherr von Derchen heißt der Edle — rief allerdings das Wort „Unverschämtheit“ dazwischen, doch wird damit die Wahrheit der Legienschen Worte nicht aus der Welt geschafft. Uebrigens brüstet sich auch das Christentum damit, daß es die Arbeit zu Ehren gebracht habe. Der von Derchen scheint also kein Christ zu sein.

Journalistenstreik im Reichstage. Wie unsere Kollegen aus der Tagespresse erfahren haben, waren die Reichstags-Verdichter in einen Streik eingetreten, weil der Zentrumsabgeordnete Gröber — der Mann ist noch größer als sein Name — sie beleidigt hatte. Dieser Mann, der im Nebenamt Landgerichtsdirektor ist, hatte die Journalisten „Saubengels“ geißelt, weil einer von ihnen über eine Redewendung gelacht hatte. Als die Beleidigten keine Genugtuung fanden, stellten sie die Arbeit ein, nur einige Zentrumsjournalisten arbeiteten als Streikbrecher weiter. Gleichzeitig mußte der grobe Gröber seine Befreiung zurücknehmen und der Streik war zu Ende.

Der Vorfall ist sehr lehrreich und hat den Journalisten gezeigt, was Einigkeit vermag. Auch haben die Herren mal die segensreiche Tätigkeit der Streikbrecher an ihrem eigenen Leibe erfahren, und das kann auch nicht schaden.

Der gelbe Arbeiter als Vorbild für den weißen Arbeiter. Das starke Stück, den chinesischen Kuli als nachahmenswertes Musterbild für den deutschen Proletariat hinzustellen, hat ein preußischer General fertig gebracht. Unter der Stichmarke: „Die wahre gelbe Gefahr“ berichtet die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ folgendes:

„In einer Sitzung der „Deutsch-Asiatischen Gesellschaft“, die un längst vor einer aus den ersten Kreisen der Berliner Gesellschaft bestehenden Zuhörerschaft im großen Saale der Kriegsschule zu Berlin stattfand, hielt der bekannte Generalinspektor der 6. Armeeinspektion, General Colmar von der Goltz, einen Vortrag über „Die gelbe Gefahr im Lichte der Geschichte“, in dem er der außerordentlichen politisch-militärischen Leistungsfähigkeit der mongolischen Rasse an der Hand einer meisterhaften Darlegung über die Kriegszüge und Strategieründungen der Mongolenkönige des Mittelalters, die unter Dschingis-Khan, Tamerlan und anderen gewaltigen Feldherren und Staatsmännern bekanntlich Arien von Korea und Sibirien bis nach Indien und Europa bis an die deutschen Ostmärkte unter ihre Herrschaft brachten, gegenüber der wenigstens bis vor kurzem bei uns üblich gewesenen Unterschätzung die richtige Würdigung angedeutet ließ. Der Zweck des Vortrages war allerdings nicht, wie der Vortragende hervorhob, den Völtern Europas vor einer Wiederkehr der gleichen Gefahr bangen zu machen; denn in den Jahrhunderten, die seit dem letzten Fall der Mongolen verstrichen sind, hat die Bevölkerungsdichte und die Wehrkraft der europäischen Völker so außerordentlich zugenommen, daß auch ein Dschingis-Khan den Gedanken eines Angriffs gegen den europäischen Westen nicht mehr ernstlich in Erwägung ziehen könnte. Auch die sehr wohl möglichen Konflikte, die sich aus den Interessengegenstücken zwischen den weißen und den gelben Massen an den Mutterstaaten und auf den Inseln des stillen Meeres, der Südsee und der chinesischen Meere ergeben könnten, würden deutliche Interesse nicht in erster Linie berühren können. Wohl aber besteht auch für den Westeuropäer eine „gelbe Gefahr“, sie liegt in der Über-

legenheit, die der gelbe Mann gegenüber dem Westeuropäer an Fleisch, an Disziplin, an National- und Klassenbewußtsein besitzt, und die ganz besonders den japanischen und chinesischen Arbeiter gegenüber seinen deutschen Arbeitsgenossen auszeichneten. In diesen sitzlichen Vorzügen des gelben Arbeiters, die durch ethische Mängel in anderer Weise nicht aufgehoben werden, liegt nach den Worten des Generals v. d. Goltz für unsere verehrte Gelbe „gelbe Gefahr“ und gleich eine ernste Mahnung, es dem gelben Manne in diesen Eigenschaften gleichzutun, wenn sie nicht die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf immer größeren Auslandsgebieten gefährden und damit den Boden, von dem sie ihre Nahrung zieht, vernichten will. Ob die sozialdemokratische Presse ihren Lesern von diesen treffenden Wörtern eines Mannes, an dessen arbeiterfreundlicher Gesinnung sie zu zweifeln kein Recht hat, ohne die üblichen Schnäppchenkenntnis geben wird?“

Wenn die „arbeiterfreundliche Gesinnung“ des Herrn Generals so rein und zweifelsohne ist wie seine Sozialdemokratie, so dürfen sich die deutschen Arbeiter zu einem solchen „Sozialdemokratie“ gratulieren. Es zeugt wirklich von großer Weitblick und von idealen Moralbegriffen, den deutschen Arbeitern zu empfehlen, sie sollten es dem gelben Arbeiter gleich tun, einem Arbeiter, der durch Jahrtausende alte Unterdrückung körperlich und geistig verklaut ist. Wir geben unseren Lesern von dieser Worte „ohne die üblichen Schnäppchenkenntnis“, weil wir wissen, daß sie ja selbst den Text dazu machen werden. Wir können uns sehr wohl die Freude eines Junkers oder eines Kapitalisten ausmachen, wenn sie es mit deutschen Kulis zu tun hätten. Ja, in den „gelben Gewerkschaften“ werden ja solche Klassenzüchtungen, darum verschämt wohl der Vorsitzende des Malteser- und Käthe-Kollwitz-Verbandes auch nicht, zu der Konferenz in Mainz einen gelben Vertreter einzuladen.

Der 18. März und das Unternehmertum. Das ist seine Einzelperson kämpfende Proletarität hat sich im Tages erinnert, an dem vor 60 Jahren das deutsche Unternehmertum und Arbeiterklasse — sich erhob, um die Gleichberechtigung mit dem Konservativen zu erringen und eine Verfassung durchzudringen, die dem gesamten Volke ein Weibestimmungsrecht im Staatswesen einräumen. Das preußische Proletariat benutzte zugleich die Gelegenheit, um gegen das Monstrum von Bismarck als das elendste Wahlsystem bezeichnete, das man nur ersinnen könnte.

Man hätte nun denken sollen, daß deutsche Unternehmertum, das sich in politischer Beziehung zum Liberalismus rechnet, würde sich dieser Demonstration gegenübersetzen, neutral verhalten, da man wohl kaum hoffen durfte, es würde mit dem Bestreben, eine der wichtigsten Forderungen des Liberalismus durchzuführen, sympathisieren. Statt dessen sehen wir, wie die Unternehmer instinktiv dagegen frontieren und aus reinem Klassenegoismus auch den letzten Rest von Liberalismus verleugnen.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ spricht dies in dünnen Wörtern aus, indem sie mit Bezug auf den Wahlkampf folgende Sätze niederschreibt: „Es liegt auf der Hand, daß Staat und Gesellschaft soldem Begegnung nicht gleichmäßig gegenüberstehen dürfen. Und ebenso wie es Sache der Arbeitgeber sein zu der Angelegenheit ist, in ähnlicher Weise Stellung zu nehmen, so zu der jodal demokratischen Macht. Bei Nachgiebigkeit gegenüber diesen von Fall zu Fall mit neuer Energie einziehenden Versuchen, mit Hilfe derartiger Vorschlagsrechte die breite Masse auf den späteren Schlag der Umsturzbewegung vorzubereiten, würde vor einer geradezu straflichen Verurteilung der Selbstbehauptungspflicht der bürgerlichen Gesellschaft Zeugnis ablegen. Man hat bisher vielfach der Meinung nachgedacht, daß der Niedergang der Konjunktur aus mancherlei Gründen zu zeitweiliger Abschwächung der Arbeitsbewegung führen müsse. Diese Annahme ist wie sich mehr und mehr herauszustellen beginnt, eine irrtümliche. Freilich, die typischen Momente der Bewegung während der fünfzigern und der weniger günstigen Wirtschaftsperioden sind sehr verschieden voneinander. Sind es zu Zeiten der Hochkonjunktur die Gewerkschaften, die die Arbeiter in Atem halten, indem sie sie zu immer weiterer Erhöhung der Lohnforderungen treiben, so sucht im anderen Fall die Sozialdemokratie gerade aus der verminderten Arbeitsgelegenheit Kapital für die Förderung ihrer politischen Bestrebungen zu schlagen, indem sie die Arbeiter von neuem in den Glauben an die sozialistischen Dogmen befreit und sie mit Hilfe ihrer demagogischen Stabilisierung davon überzeugt, daß es zum letzten Ende doch noch zu dem schon so oft in der Brüche gegangenen großen Klassenkampf kommen wird.“

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ spricht dies in dünnen Wörtern aus, indem sie mit Bezug auf den Wahlkampf folgende Sätze niederschreibt: „Es liegt auf der Hand, daß Staat und Gesellschaft soldem Begegnung nicht gleichmäßig gegenüberstehen dürfen. Und ebenso wie es Sache der Arbeitgeber sein zu der Angelegenheit ist, in ähnlicher Weise Stellung zu nehmen, so zu der jodal demokratischen Macht. Bei Nachgiebigkeit gegenüber diesen von Fall zu Fall mit neuer Energie einziehenden Versuchen, mit Hilfe derartiger Vorschlagsrechte die breite Masse auf den späteren Schlag der Umsturzbewegung vorzubereiten, würde vor einer geradezu straflichen Verurteilung der Selbstbehauptungspflicht der bürgerlichen Gesellschaft Zeugnis ablegen. Man hat bisher vielfach der Meinung nachgedacht, daß der Niedergang der Konjunktur aus mancherlei Gründen zu zeitweiliger Abschwächung der Arbeitsbewegung führen müsse. Diese Annahme ist wie sich mehr und mehr herauszustellen beginnt, eine irrtümliche. Freilich, die typischen Momente der Bewegung während der fünfzigern und der weniger günstigen Wirtschaftsperioden sind sehr verschieden voneinander. Sind es zu Zeiten der Hochkonjunktur die Gewerkschaften, die die Arbeiter in Atem halten, indem sie sie zu immer weiterer Erhöhung der Lohnforderungen treiben, so sucht im anderen Fall die Sozialdemokratie gerade aus der verminderten Arbeitsgelegenheit Kapital für die Förderung ihrer politischen Bestrebungen zu schlagen, indem sie die Arbeiter von neuem in den Glauben an die sozialistischen Dogmen befreit und sie mit Hilfe ihrer demagogischen Stabilisierung davon überzeugt, daß es zum letzten Ende doch noch zu dem schon so oft in der Brüche gegangenen großen Klassenkampf kommen wird.“

Es ist sehr lehrreich für uns, daß das Kapitalproletariat dem sogen. Rechtsstaat auch den letzten freien Schritt als Klassenkampf entzieht und ihn in seiner nackten Schärfe als Klassenkampf hinstellt. Die Ausführungen des Schriftstellers Blaiberg beweisen wieder einmal, daß Macht vor Recht geht und daß die Staatsgewalt keinen anderen Sinn hat, als die Herrschaft der Ausbeuter und Unterdrücker zu stützen und zu verstetigen. Die Herren Schärmer und Kapitalproleten dürfen sich aber nicht wundern, wenn „die zahlenmäßige Majorität“ sich alle erdenkliche Mühe gibt, den Machtstaat zu beteiligen und durch eine

Nicht minder auch wird es eine gute Lehre für breitbürgerlichen Arbeiter sein, wenn sie leben müssen, wie wenn die Mitarbeit der Unternehmer im Kampf um das Wahlrecht zu rechnen ist. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ merkt nämlich diesbezüglich: „So läuft es, wenn die sozialdemokratischen Führer doch kaum sein, daß sie etwa Ernst antreiben, die Arbeitgeber würden mit ihnen

meinschaftliche Sache machen, selbst wenn es gäte, irgend einer dem Bürgertum wirklich sympathischen Angenommenheit zum Erfolg zu verhelfen! Die Sozialdemokratie wünscht nun aber im preußischen Abgeordnetenhaus die Herrschaft nicht etwa darum zu erlangen, weil sie den bürgerlichen Elementen einen größeren Einfluss auf den Gang der Regierungsgeschäfte verschaffen will, sondern einzig und allein darum, weil sie den Unternehmern schnellstens den Hals umdrehen möchte."

Das wussten wir längst, aber es ist gut, wenn es uns das Unternehmertum schwarz auf weiß bestätigt, daß es jede liberale Idee bekämpft, wenn sie der Arbeiterklasse Vorteil bringen kann. Die Nutzung für dies offene Gesellschaft werden die Herren Liberalen bei den nächsten Wahlen bekommen.

Die Zentralstelle Berlin des deutschen Holzarbeiterverbandes gibt soeben ihren umfangreichen sehr interessanten Bericht für das Geschäftsjahr 1907 heraus. Das Jahr stand unter dem Zeichen der großen Aussperrung, ein Kampf, wie ihn der Holzarbeiterverband bis dahin noch nicht zu bestehen hatte; blieb doch die Aussperrung nicht nur auf Berlin beschränkt, sondern wurde von dem Arbeitgeberkonzern für das deutsche Holzgewerbe auf die Orte Burg, Niel, Bernau, Leipzig, Halle, Görlitz, Barmen, Spandau, Cöpen und Löbenburg ausgedehnt, von denen einige Städte Verträge auf längere Zeit hatten, die grundsätzlich von den Unternehmern gebrochen wurden. Die Aussperrung begann in Berlin am 12. Januar und endete am 11. Mai mit dem vom Berliner Gewerbeamt gefällten Schiedsspruch, der von beiden Parteien angenommen wurde. Die Forderungen der Berliner Holzarbeiter waren im wesentlichen: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 52 auf 50 Stunden, eine Utopia: Lohn erhöhung und obligatorische Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises für Unternehmer und Arbeiter. Die hauptsächlichsten Vertragsbedingungen, unter die die Unternehmer die Holzarbeiter zwingen wollten, einen neuen Vertrag einzugehen, waren: Keine Arbeitszeitverkürzung, sondern eine teilweise Verlängerung derselben, so daß eine gleichmäßige Arbeitszeit von 52 Stunden pro Woche erzielt würde, bestehende höhere Löhne, Akkordpreise und Werkstatttarife wie die allgemein üblichen, sollten in Wegfall kommen, Anerkennung der Regresspflicht des Verbandes bei Verstößen gegen den Vertrag. Dabei war die Parole der Unternehmer „Ohne Vertrag keine Arbeit“. Die bereits Ende 1906 eingehende Krise, bestärkte die Unternehmerorganisation in ihrem längst geplanten Vorgehen gegen den Holzarbeiterverband so sehr, daß keine Vernunftgründe aufkommen konnten und nur der eine Gedanke maßgebend war, dem Holzarbeiterverband Bedingungen aufzuzwingen, die nicht allein die wirtschaftliche Lage des einzelnen erheblich verschlechterte, sondern auch vor allem den Verband auf Jahre hinaus zur Ohnmacht verurteilte hätte. Unter solchen Umständen mußten es die Holzarbeiter ablehnen, aufs neue einen Vertrag abzuschließen, ein Vertrag ohne Verbesserungen hätte für sie keinen Wert. Die gesamte Aussperrung erstreckte sich auf 1302 Betriebe mit 14.982 Arbeitern, hierzu entfielen auf Groß-Berlin 770 Betriebe mit 10.797 Arbeitern. 1201 Mitglieder anderer Organisationen, darunter 125 Kollegen unseres Verbands, wurden in Mitteidenschaft gezogen. Nicht ausgeworfen wurden die Mitglieder des Reichs-Denkmalen-Gewerbevereins. Dieser führte zunächst Sonderhandlungen mit den Unternehmern und spielte sich dann während der Aussperrung als Vertrittender der Arbeiterinteressen auf. Gewerbeverein und sein Organ, die „Eiche“, verfolgten die „edle“ Taktik, die Ausselbererten in der schweren Situation möglichst irre zu leiten. Zwischen Gewerbevereinleitung und Unternehmerseite herrschte einziges Verständnis — analog wie zurzeit bei uns — sogar die Vermittlung von Streitbrechern hatte ersterer zum guten Teil übernommen. Diese Liebesdienste wurden später allerdings nicht nach Gebühr belohnt. Als nämlich nach beendeter Aussperrung der Vertrag für die Berliner Holzindustrie abgeschlossen wurde, mußten es sich die Vertreter des Gewerbevereins gefallen lassen, daß ihnen die Tür gewiesen wurde. Es blieb ihnen nun nichts weiter zu tun übrig, als an den beachtenswerten Errungenschaften des Holzarbeiterverbandes die gehässigste Kritik zu üben. Die Kosten dieses gewaltigen Kampfes waren natürlich groß. Der Verlust an Arbeitstagen betrug 607.020, welcher einem Verdienstausfall von 3.248.164.87 M gleichkommt. An Streitunterstützung, unter Hinzuaddition der entstehenden Nebenausgaben, wurden vom Holzarbeiterverband 2.246.614.89 M veranschlagt. Weit höhere Kosten dürften die Unternehmer von diesem von ihnen selbst verauslichteten Kampf gehabt haben. Nach den eigenen Angaben des Herrn Röhrich, des Führers der Berliner Holzindustriellen, hat die Berliner Holzindustrie allein bei der Aussperrung 14 bis 15 Millionen Mark eingebüßt. Der Mitteliederbestand betrug Ende 1907: 24.092. Die Einnahmen der Volkskasse schwanken ab mit 1.924.516.42 M, denen eine Ausgabe von 1.224.330.58 M gegenübersteht und ein Vorratshand von 100.121.07 M verbleibt. Der Verlauf und Ausgang dieses Kampfes hat die Leistungsfähigkeit des Holzarbeiterverbandes vollauf bestätigt, aber auch gezeigt, welcher Opfermut alle seine Mitglieder befehlt, wenn es gilt, ihre Rechte wahrzunehmen. Durch diesen Opfermut sind die Pläne der Unternehmer zu schanden geworden und sie werden es sich in Zukunft wohl zweimal überlegen, bevor sie die Arbeiter zu einem ähnlichen Kampf provozieren.

Die Arbeiterverhältnisse in der Heeresverwaltung. Die Staatsbetriebe sollen bekanntlich „Musterbetriebe“ sein. Wie weit sie noch davon entfernt sind, zeigt die türkisch dem Reichstag zugegangene Übersicht über die Verhältnisse der Arbeiter in den Betrieben der Heeresverwaltung im Rechnungsjahr 1906.

Was zunächst die Löhne anlangt, die die Arbeiter bei den Provinzämtern, Konsernfabriken, Bekleidungsämtern, Garnisonverwaltungen, Zigaretten und Remontedepots erhalten, so müssen sie zum Teil als gänzlich unzureichend bezeichnet werden. Nachfolgend stellen wir die diese Kategorie von Arbeitern betreffenden Angaben der Heeresverwaltungen zusammen. Von je 100 männlichen Arbeitern hatten ein Jahreseinkommen

unter 1000 M 1000—1500 M über 1500 M
Preußen 59,2 23,0 7,8
Bayern 88,0 11,0 1,0
Sachsen 37,8 59,7 2,5
Württemberg 78,6 21,4 —

Nur in Sachsen erhält der größere Teil der Beschäftigten mehr als 1000 M Jahresverdienst, in Preußen müssen beinahe 60, in Württemberg beinahe 80 und in Bayern sogar 90 Arbeiter von je 100 sich mit Einkommen

von weniger als 1000 M durchschlagen. Wie damit bei den hohen Lebensmittel- und Wohnungspreisen eine Familie auskommen soll, ist schlechterdings unerfindlich.

Die Löhne der weiblichen Arbeitskräfte in diesen Betrieben sind natürlich noch viel erbärmlicher. Wie niedrig sie sind, ist aus den Angaben der Denkschrift gar nicht klar erschlich, da als unterste Kategorie ohne weitere Detaillierung die Einkommensstufe „unter 800 M“ figuriert. In diese unterste Kategorie fielen von den 4894 Arbeiterinnen der preußischen Heeresverwaltung 4521, nur 295 erhielten 800—900 M, und nur 78 waren so glücklich, mehr als 900 M zu verdienen. In Bayern hatten von 520 Arbeiterinnen nur 2 ein Jahreseinkommen von über 800 M. In Sachsen verdienten von 690 Arbeiterinnen 646 weniger als 800 M; und von den 242 Arbeiterinnen der württembergischen Heeresverwaltung blieben 168 unter dieser Lohnstufe. Ein Jahreseinkommen von 900—1000 M erreichten in Preußen 78, in Sachsen 10, in Württemberg 6 und in Bayern überhaupt keine Arbeiterin.

Wie lange müssen nun die Arbeiter, die das „Glück“ haben, in diesen Reichs-Musterbetrieben beschäftigt zu werden, täglich freunden, um so glänzende Einnahmen zu erzielen? Die „normale“ Arbeitszeit beträgt — ausschließlich aller Pausen — für die große Mehrzahl der Beschäftigten 9—10 Stunden in Preußen, Bayern und Württemberg, in Sachsen ist sie meist $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ Stunde darüber. In den Remontedepots gilt sie überall für die Mehrheit der Beschäftigten über 10 Stunden hinaus. Bedeutet man die Frühstücks- und Besperrpausen, sowie die Wasch- und Umkleidezeiten hinein, so kommt eine „normale“ Arbeitsdauer von 9 $\frac{1}{4}$ —10 $\frac{1}{4}$ Stunden heran. Eindeutig der Mittagspause, die zum guten Teil durch Hin- und Herwege verbraucht werden, haben wir es also mit einer Beschäftigungsdauer von 11—12 Stunden zu tun.

Dass unter solchen Verhältnissen die große Mehrzahl der Arbeiter möglichst bald wieder aus diesen „Musterbetrieben“ herauszufinden sucht, ist erklärlich. Den Nachweis dafür erbringt folgende Zusammenstellung über das Dienstalter der am 1. November 1906 Beschäftigten. Von 100 Arbeitern hatten Dienstalter von

	unter 5	5—10	10—15	15—20	über 20 Jahren
Preußen	50	21	11	9	
Bayern	52	21	10	8	9
Sachsen	67	17	9	4	3
Württemberg	36	26	18	9	12

In den drei erläuterten Ländern verläuft also über die Hälfte der Arbeiter bereits innerhalb der ersten fünf Jahre wieder die genannten Betriebe. Nur in Württemberg sind die Periodenverhältnisse etwas stabiler.

Wesentlich höhere Löhne werden in den der Feldzeugmeisterkunst unterstellten technischen Instituten (Artilleriewerkstätte, Munitions- und Gewehrfabriken) bezahlt. Von 100 dort beschäftigten Arbeitern hatten einen Jahresverdienst von

	unter 1000 M	1000—1500 M	über 1500 M
Preußen	12,2	28,7	59,1
Bayern	28,6	53,6	17,8
Sachsen	29,4	28,5	42,1

Nach Angabe der Verwaltungen sind die Einkommensverhältnisse in diesen Betrieben in Wirklichkeit noch besser, da in den niedrigeren Jahresberechnungen die Arbeitsunterbrechungen durch Urlaub, Krankheit, Entlassungen oder Neueinstellungen stecken. Die relativ guten Lohnverhältnisse der hoch qualifizierten Arbeiter der technischen Institute sind zweifellos in erster Linie mit bedingt durch die starken Organisationen, die diese Arbeiterkategorien außerhalb der Staatsbetriebe haben. Der Not gehorrend, nicht dem eignen Trieb, müssen die Militärverwaltungen einigermaßen Schritt halten mit den Löhnen, die in den entsprechenden Privatwerken gezahlt werden.

Wo dieser Zwang der Organisation von außen nicht wirkt, herrschen auch im Bereich der Feldzeugmeisterkunst erbärmliche Lohnverhältnisse. Dafür legen die Überlebenden über die Jahresverdienste in den Artillerie- und Traindepots bereits Bezug ab. Von je 100 dort beschäftigten Arbeitern bezogen ein Einkommen von

	unter 1000 M	1000—1500 M	über 1500 M
Preußen	70,9	29,1	—
Bayern	80,2	19,8	—
Sachsen	66,1	33,9	—
Württemberg	94,0	6,0	—

Hier sind also die Jahreseinkommen von unter 1000 M durchweg das Normale; $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ aller Arbeiter befinden sich in dieser Lohnkategorie. In Württemberg erklangen von 100 Arbeitern sogar nur 6 ein höheres Einkommen. Dazu ist noch zu bemerken, daß die Einkommenskategorie 1000—1500 M nur wegen der Gleichmäßigkeit mit den andern Tabellen gemacht ist; sie ist für die Arbeiter der Artillerie- und Traindepots insofern ganz sinnlos, als Jahresverdienste von über 1400 M schon gar nicht mehr vorkommen. Schon in der Einkommensstufe von 1200 bis 1300 und 1300—1400 M finden sich nur ganz vereinzelte Nummern. Ebenso bewegt sich die Entlohnung der Arbeiterinnen sowohl in den technischen Instituten wie in den Depots der Feldzeugmeisterkunst genau auf denselben Stufen wie in den Provinzämtern usw.

Auch hinsichtlich der Arbeitszeit steht es in den der Feldzeugmeisterkunst unterstellten Instituten nicht besser als in den zuerst behandelten Betrieben. Die „normale“ Arbeitszeit beträgt einschließlich der Frühstücks-, Besperr- und Umkleidepausen 10—11 Stunden.

Bedenkt man, daß viele Millionen im Heerwesen durch vorzeitige Pensionierung von Offizieren, sowie durch allerlei nur Prunkt- und Paradeabzeichen dienenden Uniformzugs muglos verschwendet werden, dann erscheinen die elenden Arbeits- und Lohnverhältnisse der von der Heeresverwaltung beschäftigten Proletariat in einem noch trübleren Lichte. Für das Beschämende dieser Zustände scheint man freilich an maßgebender Stelle keine Empfindung zu haben.

Technisches.

Neben die Verwendung von gelber Farbe.

Die Einführung der Mois- und Kornfarben bei der Ausschmückung von Zimmern läßt uns die Frage aufwerfen, warum die gelbe Farbe nicht häufiger beim Maler und Dekorateur resp. Möbelfabrikanten zur Anwendung kommt. Dieselbe bildet sicher eine der prächtigsten Farben, trotzdem scheint es, als ob man ein Vorurteil gegen sie habe und eine gewisse Beorgnis hege, besonders die

stärkeren Tönungen zu vermeiden. Gelb ist die Farbe der Sonne, des Goldes, des Bernsteines, des Gerades, des Königs, einiger der schönsten Früchte, eine der Farben des Regenbogens, in der Wappentonne das Symbol der Liebe, Beständigkeit und Weisheit.*). In einigen Tönen besitzt es den größten Glanz; wenn es nicht allzu hell ist, wirkt es niemals ernsthaften, sondern wirklich wohltuend und angenehm auf das Auge.

Für jedes dunkle Zimmer — in großen Städten mangelt es an solchen Räumen nicht — gibt es keine Farbe, welche dasselbe so vorteilhaft wie Gelb erhellen wird. Man tapeziere das Zimmer mit einer hellen, lebhaft zitronenfarbigen Tapete, bringe an den Fenstern cremefarbige Gardinen an, nehme sämtliche Polstersachen und Vorhänge in harmonischem Gold oder gelben Farben, einen Teppich, welcher von hellem Gelb in dieses Altgold und Goldbraun wechselt. Man wird auf diese Weise eine ausgezeichnete Ausstattung, welche eine heitere Wirkung erzeugt und gleichzeitig Sonnenchein atmet, erhalten. Das Holzwert des Raumes sollte aus imitiertem Ebenholz bestehen, für das Mobiliar hat man Ebenholz mit vergoldeten Stühlen und für die Gemälde und Bilder einfache schwarze oder Goldrahmen zu wählen.

Für das Schlafzimmer bildet Gelb auch eine entzückende Farbe. Ein Raum mit einer orangefarbenen Tapete, das Holzwert tief cremefarben, den Teppich von entsprechend grüner Farbe welche im Spektrum dem Gelb am nächsten liegt, dies alles zusammengefügt würde ein ideales Schlafzimmer liefern. Das Mobiliar könnte aus cremefarbigem Holz bestehen. Sämtliche Vorhänge sollten von Orangenfarbe mit einem Ton ins Grüne sein.

Gelb ist merkwürdig, daß in der Neuzeit die gelbe Farbe in solchen Misskredit gekommen ist und daß sie dazu ausgesetzt ist, als Symbol von Eifersucht, Neid, Verrat und Treulosigkeit zu gelten. Unter den alten Völkern war Gelb allgemein beliebt und im klassischen Altertum war es nach Rot die vorherrschende Farbe. In Asien wurde die gelbe Farbe fast verehrt, auch bei den alten Ägyptern und Römern war sie sehr beliebt. Im Orient wird sie bis auf den heutigen Tag besonders in den Künsten mit am häufigsten verwendet. Anscheinend sind es die Staaten des Westens, welche sie in der Neuzeit vernachlässigt haben. Vor der Einführung des Christentums waren Rot und Gelb die Lieblingsfarben der gesamten zivilisierten wie unzivilisierten Welt; aber nach dieser Zeit hörte das Gelb auf, das Symbol des Stolzes und der Freude zu sein und aus nicht erklären Grund hatte dasselbe um die Geburt Christi herum bereits einen sehr schlechten Ruf. Im Mittelalter wurden beispielweise die Juden gezwungen, Kleider von gelber Farbe zu tragen. Erst in alterneuerster Zeit scheint es, als ob man beginnen wollte, mit dem Vorurteil gegen die gelbe Farbe zu brechen. Es ist nur sehr zu wünschen, daß dies recht bald geschieht und sollten auch Maler und Dekorateure das Thinge dazu beitragen. J. P.

Das Filtern von Emailfarben.

Das Filtern von Farben war bei den alten Malern etwas Selbstverständliches und bildete eine unverlässliche Arbeit. Die Ursache war natürlich die, daß die früheren Farbstoffherstellungsmethoden nicht so vollkommen waren wie jetzt; man war daher gezwungen, sämtliche Farben zu filtern. Sogar heutzutage ist das Filtern zuweilen auch noch erforderlich; in der Regel sind aber die Substanzen, welche der Maler jetzt aus der Farbe abscheidet, solche, welche in Folge von Unreinheit und Sorglosigkeit hineingekommen sind. Manche Maler lieben es, sämtliche Materialien, selbst die Emailfarben, gute Qualität, zu filtern. Dies ist eine Praxis, welche nicht streng genug beurteilt werden kann. Eine Emailfarbe, bei welcher das Filtern notwendig ist, verdient überhaupt nicht die Bezeichnung einer Emailfarbe. Außerdem ist die Farbe beim Durchgehen durch das Filter — aus welchem Material auch die Emailfarbe hergestellt sein mag — dem Staub und seinen Partikelchen, welche in der atmosphärischen Luft suspendiert sind, ausgesetzt, abgesehen von den kleinen Farb-Partikeln, die vom Filter selbst in die Farbe gelangen. Die Kunst, Emailfarben aufzubewahren und zu behandeln, ist nicht so leicht, und eine Kanne Emailfarbe sollte wie eine Flasche Wein allen Jahrgangs behandelt und geöffnet werden. Obgleich dies die von Enthusiasten ausgesprochene Ansicht ist, kann man mit derselben getrost übereinstimmen. J. P.

Vom Ausland.

Oesterreich. Gesperrt sind: In Steinenberg die Werkstätten Willy Seil und Gebr. Beck; in Lopram die Werkstätten Ferro und in Leiben die Werkstätte Oczko. Nach Krausensbach, wo die Kollegen ausgesperrt sind, ist Zugang fernzuhalten.

Ungarn. Gesperrt sind die Städte: Szatmar, Kaposvár, Miskolc, Szolnok, Kolozsvár, Arad, Gyula, Komárom und Nagyszeben. Gesperrt sind in Budapest die Schilbermanuf-Werkstätten Brücksteiner und Stern und die Werkstätte des Anstreichermeisters Johann Feuerbaum.

Frankreich. Im Pariser Bauwesen bereitet sich ein großer Kampf vor, nachdem in der jüngsten Zeit die Organisationen der Bauarbeiter einen gütlichen Ausschluß genommen haben. Das Hauptobjekt bildet der Pfünftägige Arbeitstag, den die Arbeiter neben einer Lohnernährung und der vollständigen Arbeitsruhe an Sonntagen fordern.

Belgien. An der Bewegung im Brüsseler Bauwesen sind auch die Maler und Anstreicher beteiligt, die am Sonntag den 2. März einen monumentalen Demonstrationsumzug bewerstellten, an dem Tausende unserer Kollegen teilnahmen. Der Zug, der die Hauptstraßen des Stadtzentrums paradierte, erweckte mit seinen Werken, auf denen die Forderungen zu lesen waren, mit den Fahnen und der Massenbegleitung allenthalben Aufmerksamkeit und sympathische Zustimmung. — Nach dem Umzug vereintigte die Demonstranten ein Massenmeeting im großen Saal des „Maison du Peuple“, an dem mehrere Tausend Angehörige der Maler- und Anstreicherbranche

*.) Aber auch des schmähesten Arbeitervertrags. D. M.

teilnahmen. Die Forderungen der Berufskollegen, die der Referent Volkaert besprach, bewegen sich in den bescheidenen Grenzen der Maurer: 10stündige Arbeitszeit und 50 Centimes Entlohnung für die Stunde. (Die jetzige Arbeitszeit beträgt oft 12 Stunden.) In der von der Versammlung angenommenen Resolution wird die Vorlegung der Forderungen an die Unternehmerorganisation ausgesprochen und die Bildung von Delegationen in den Werkstätten vorgeschlagen, die mit den Einzelunternehmern in Unterhandlungen zu treten haben. — Zu früheren Berichten wiesen wir schon auf die erbärmlichen Verhältnisse der belgischen Berufskollegen hin; das Fehlen einer starken Zentralorganisation erklärt diese traurigen Zustände recht wohl. Hoffentlich erkennen dies die Kollegen und vergessen nicht, das Versäumte nachzuholen.

Kopenhagen. Die Tarifverhandlungen unserer Kollegen mit dem Malermeisterverband sind resultlos verlaufen, nachdem auch durch die Mitwirkung der Vertreter der dänischen Arbeitgebervereinigung und des Verbands der Gewerkschaften eine Einigung nicht erzielt wurde. Die allgemeine Arbeitsniederlegung der Kollegen in Kopenhagen steht bevor.

W. C. Die Streitbewegung in Belgien 1907. Der Umfang der belgischen Streitbewegung war im Jahre 1907 bedeutend größer als 1906. Es wurden 227 Streiks neu begonnen mit 46 908 Beteiligten gegen 220 Streiks mit 26 858 Beteiligten im Jahre 1906. Die Zahl der Streikenden ist sehr viel stärker gestiegen als die der Streiks: am einzelnen Streik waren also bedeutend mehr Arbeiter beteiligt als im Jahre zuvor, nämlich 207 Personen gegen 122. 1906 wurden 303 Etablissements von Streiks betroffen, 1907 waren es 1087. Tatsächlich sind noch nicht einmal alle Etablissements, die von dem großen Unterpochen Arbeitskampf in Mitteldeutschland gezogen wurden, in die Gesamtziffer mit einbezogen. Dieser Arbeitskampf ist es dann auch, der der belgischen Streitbewegung im Jahre 1907 ein so lebhaftes Gepräge verlieh. Während 1906 nur 3 Verkehrsarbeiterstreiks mit 148 Beteiligten eingeleitet wurden, betrug die Zahl der Verkehrsarbeiterstreiks 1907 9 und die der Streiks 10 660. Außerdem waren im Jahre 1907 über noch 18 000 Arbeiter des Verkehrsverkehrs ausgesperrt. So hoch wie im Verkehrsverkehrs ist die Zahl der Streikenden in den anderen Gewerben nicht, doch erreichte sie im Bergbau und im Textilgewerbe immerhin eine stattliche Höhe. Im Textilgewerbe beteiligten sich 1907 an 50 Streiks 7961 kämpfende gegen 6940, die an 72 Streiks im Jahre 1906 teilnahmen.

Literarisches.

Lebenshaltung und Arbeitsverhältnisse der deutschen Bauhilfsarbeiter. Herausgegeben vom Hauptvorstand des Centralverbandes der baugewerb. Hilfsarbeiter Deutschlands in Hamburg.

Anzeigen.

Zeuge

Gesucht, der Ende April 1904 nach Elrich a. S. ein Gemälde (Mösterkarte Weissenried nach einer Ansichtspostkarte gemalt) zum Preise von 45 M. einschließlich geliefert hat, resp. der dessen Adresse angeben kann. Ges. Nachricht an die Expedition dieser Zeitung.

Zahlstelle Chemnitz.

Das Büro befindet sich vom 2. April ab Uferstrasse 16, I.

Hörnleprecher 1153.

Die Arbeitsvermittlung findet im Büro abendspunkt 7 Uhr statt.

M. 2.20] Die Agitations-Kommission
S. A. Oskar Weise.

Filiale Magdeburg.

Bureau und Arbeitsnachweis Tischlerstrasse 22, 1. Etage. Vermittelung vorne, von 8—9 Uhr und abends von 6—8 Uhr, Sonntags von 11—1 Uhr. Alle zureitenden Kollegen werden ersucht, sich im Bureau zu melden. Umschauen verboten. M. 1.80

Filiale Eisenach.

Arbeitsnachweise von 7—8 Uhr abends im „Fröhlichen Mann.“ Sonntags von 11—12 Uhr vor mittags. 2.—M. Umschauen verboten!

Empföhlt den Genossen mein Fremden-Logis, sowie Mittags- und Abendtisch in reichhaltiger Auswahl. Zahlstelle der Filiale Berlin und des Wahlvereins.

Hermann Stramm
Berlin SO., Mitterstr. 123.

Lager in prima Pinseln,
Plakonbüsten, Leitern, Farbkesseln, Lacken, Farben, Schablonen und Pausenpapier. Spezialgeschäft in vollständiger Einrichtung von Malerwerkstätten. Gute Ware bei billiger Berechnung.

P. Steet, Nürnberg, Obere Wörthstr. 18.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Verlag Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW. 68, Heft Nr. 15: Geschlechtliche Erziehung in der Arbeitersammlung von Dr. Julius Martius. Preis 20 R.

Das Neue Preußische Ergänzungsteuer. (Bermögenssteuer-) Gesetz vom 19. Juni 1906. (Amtl. Fassung.) Verlag: L. Schwarz & Comp., Berlin S. 14, Dresdenerstrasse 80. Preis 60 R.

Zum Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, ist soeben eine Broschüre: Die preußischen Landtagswahlen von Dr. Leo Arons, erschienen. Genosse Arons gibt in derselben einen Überblick über die wichtigsten Eigentümlichkeiten des preußischen Wahlrechts sowie eine übersichtliche Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen. Ein Anhang legt die Angaben dar für die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeindebehörden für die bevorstehenden Wahlen. Die Broschüre ist zum Preise von 20 R durch alle Parteibuchhandlungen und Kolportage zu beziehen.

Zum Todestage Ignaz Auers gibt die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, eine Broschüre des verstorbenen Vorkämpfers heraus. Das Bild ist sehr sauber in Kupferdruckmuster hergestellt. Die Blattengröße ist 21 X 28 cm, Kartongröße 40 X 53 cm und zum Preise von 1 R, zuzüglich 20 R Porto, durch jede Buchhandlung zu beziehen. Eine kleine Anzahl erster Drucke auf feinstem Papier kosten pro Exemplar 2 M.

Das Leipziger Arbeitssekretariat und die Leipziger Gewerkschaften im Jahre 1907. 4. Jahressbericht des Sekretariats. Verlag des Gewerkschaftssekretariats Leipzig.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter von Hannover, Linden und Umgegend. Ergebnisse einer vom Gewerkschaftssekretariat Hannover-Linden im Jahre 1907 erhebenden und bearbeiteten Statistik. Selbstverlag des Sekretariats Hannover-Linden, Richard Schmidt. Preis im Buchhandel 1.75 M.

Vereinsteil. Bekanntmachung.

Die Beitragserhöhung für die Sommerwochen auf 60 R wird von Filialen Bamberg, Eisenberg, Friedberg, Schweinfurt und Weimar bestätigt.

Duplicate wurden ausgestellt für die Kollegen: Wagner, Aug., Buchn. 21480, bez. bis 49. W. 07 (Wiesbaden); Walter, Jak., Buchn. 55335, bez. bis 47. W. 07 (Mainz); Witscher, Paul., Buchn. 26587, bez. bis 8. W. 08 (Darmstadt); Weiß, Heinr., Buchn. 33022, bez. bis 52. W. 07 (Gießen); Weißbecker, V. J., Buchn. 34986, bez. bis 52. W. 07 (Frankfurt a. M.); Wotschenbach, W., Buchn. 41636, bez. bis 4. W. 08 (Magdeburg); Wollmann, Jul., Buchn. 43298, bez. bis 2. W. 08 (Danzig); Krantz, A. H., Buchn.

11103, bez. bis 27. W. 07 (Cassel); Detmers, Frih., Buchn. 36389, bez. bis 48. W. 07 (Berlin).

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 24. bis 30. März.

Eingesandt wurde:
Gera M. 1.50; Hagen 100.—; Duisburg 160.—; Hanover 800.—; Weimar 100.—; Bremen 600.—; Lübeck 11.80; Swinemünde 7.15.

Für den Vereins-Anzeiger gingen ein:
Gosfeld M. 2.40; Davos 10.40; Coblenz 0.80; Wacken 1.20; Luzern 6.—; Dresden 23.—.

Material wurde verplant:
B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken.
Altenburg 800 B. a 50 R, Bamberg 2000 B. a 60 R;
Braunschweig 3000 B. a 60 R, Bremen 8000 B. a 60 R;
1200 B. a 55 R, Eisenberg 400 B. a 60 R, Erfurt 400 B. a 60 R, Erlangen 800 B. a 60 R, Friedberg 1200 B. a 60 R, Goettingen 200 B. a 20 R, Hamborn 400 B. a 25 R, Kempten 20 R, Landau 10 R, Leipzig 2000 B. a 50 R, Münster 800 B. a 55 R, 20 C, Oldenburg 2000 B. a 60 R, 800 R. a 25 R, Rostock 400 B. a 20 R, Schweinfurt 800 B. a 60 R, 25 C.

Berichtigung. In voriger Nummer muß
heissen: Saarbrücken 400 B. a 50 R.

S. Wentker, Kassierer.

Zentral-Franken- und Sterbekasse der Maler und verw. Gewerkenossen Deutschland

(eingetragenes Gütekennzeichen Nr. 71.)

Bericht des Hauptklassierers vom 22. bis 28. März 1908.
Überschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurde eingesandt von Chinger-Konstanz M. 100.—, Staune-Bremen 150.—, Kaufhold-Weizensee 100.—, Heintle-Altenburg S. M. 100.—.

Überschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden eingesandt an Lang-Mühlhausen i. Els. M. 100.—, Pape-Vegesack 100.—, Dahm-Hemscheid 50.—, Stegen-Lüneburg 100.—, Thomen-Nürnberg 300.—, Friedrichs-Augsburg 250.—, Schreiner-Freiburg i. Baden 200.—, Nehrfeld Gotha 100.—.

Krankenber erhielten: Buchn. 23650 B. Seni. Georgenthal, Kreis Lebus, M. 25.20; Buchn. 572 D. Hart in Brückmühle bei Alt-Landsberg M. 94.50; Buchn. 84 D. Robitschek in Gladbeck i. Westf. M. 33.60; Buchn. 30710 R. Sommerfeld in Böhen M. 12.60; Buchn. 34065 R. Reck in Bölen M. 12.60; Buchn. 27701 C. Göbel in Geislingen in Württ. M. 25.20; Buchn. 34047 B. C. Binski in Bölen M. 12.60; Buchn. 11150 R. Wiente-Vöck bei Staßfurt M. 14.70; Buchn. 31913 C. Nosenhoff in Meck M. 33.60.

J. H. Busse, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17.

Filiale Erfurt.

Arbeitsnachweis im Verkehrslokal Marbachergasse 6.

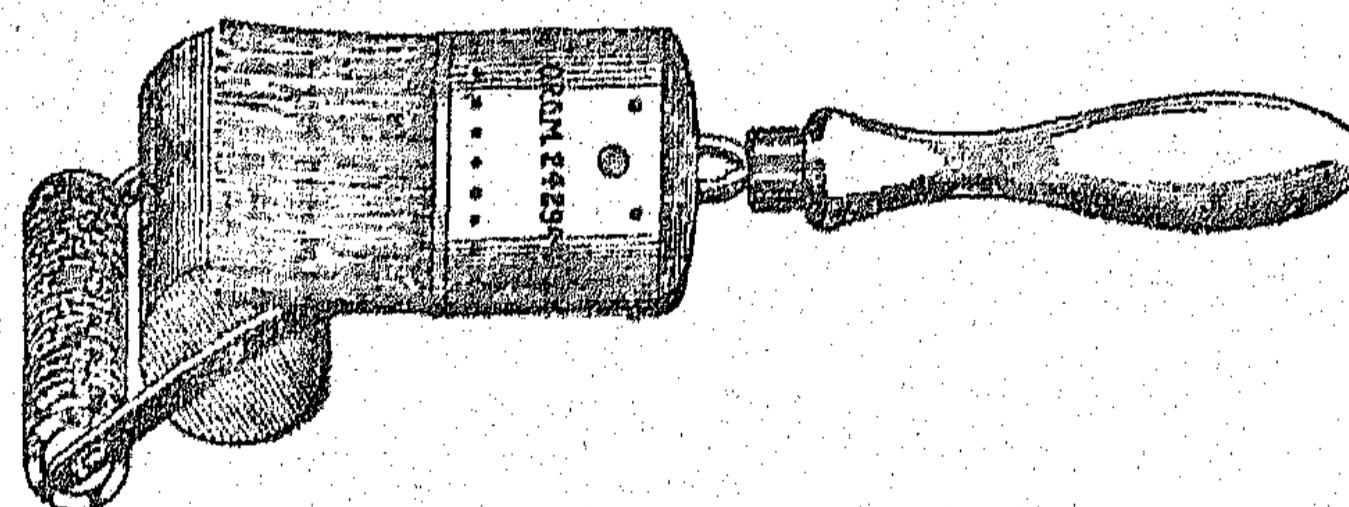
Umschauen streng verboten! [M. 2.—]

Der Einfluss unserer Organisation auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses durch Tarifverträge.

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder Deutschlands, Hamburg 22.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern dies Werk, das auf Grund der letzten aufgenommenen umfangreichen Statistik einen klaren Einblick in die allgemeine Berufslage, vor allem aber in die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Berufskollegen gewährt. Der Preis für das gebundene Exemplar beträgt 2 Mk., für die Mitglieder, wenn sie es durch die Filiale oder Zahlstelle beziehen, nur 1 Mk.

Porenrollen Weiershausen.



Preis per Paar Mark 6.—, bestehend aus folgend Breiten: 1 Boll und 2 1/2 Boll. Auch einzeln zu beziehen. 3 Boll Breite Mark 4.50.

Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19, Schule für Holz u. Marmor-Imitation. Beginn: 15. Okt. — 15. März. Prospekte gratis.

Jeder Intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.

Prospekt über das rühmlichste bekannte

Mahlers Fondin

Mahler & Co., Bamberg 11.

Schmid-Eingweiler's

Holz- und Marmor z. Selbstunterricht

20 Blatt (über 60 Sorten) prachtvolle Naturfarben-Drucktafeln, Vorlagen für die Kundschaft, in reichhaltig. Einteil. Leisten und Gesimsen etc. samt reichillust. Textbuch mit gründlicher Anleitung. **Mk. 16** auch **Serienweise** je fünf Blatt Mk. 4.—. Textbuch allein Mk. 4.—. alles in eleganter Mappe.

Höchst prämiert! Paris, Liege, Mailand etc.

Zu beziehen bei H. Schmid-Eingweiler, Zürich, Erste Schweiz, Malerschule. Illustrierte Prospekte gratis. — Eintritt jederzeit.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Wo spinnen unsere Hamburger Kollegen?

Bei dem Kollegen

Martin Aschberger, Fuhrentwiete Nr. 56,

Ecke der A-B-C-Straße, Keller.

Vorzügliche Küche.

50 farbige Malvorlagen Mk. 6.—.

Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc.

Ph. Brühl, Geisen i. Westf.

Maler-Schule

von Wiss. Schütz, Hamburg 15.

Maler - Mäntel

nur eigenes Fabrikat und beste Qualität
Umlegekragen, schräge Taschen

110 120 130 140 cm lang
3.— 3.10 3.25 3.40 M.

München 40 R, Nessel-Hosen 2.10 M, Dr. Hosen und Jacken von Leinen à 2.80

Extra-Größe per Stück 3.— M.

D. Wurzel & Co., Berlin

Brückstraße 13, I.

Neu! Farben-Spritzapparat

auch für Sandstein-Imitation, Preis 8.—

Neu! Porenwalzen

D.-R.-G.-M. Preis 7.50 M pro Paar.

Wiederverkäufer gesucht.

M. Rabben, Düsseldorf.

Schule für Holz- u. Marmorimitation

Semester: vom 1. November bis 1. M.

Vergrößerungen am besten

und billigsten

z. B. auf Zeichenpapier 36/46 cm 46/56 cm

1.— Mk. 110 Mk.

(Negative gratis) liefer.

Richard Swierzy, Ges. m. b. H.

Berlin C., Wallstr. 89. — Telefon Amt I, 300.

Tägl. Anerkennungen. Preisliste gratis u. franko

Im Verlage von M. Ernst in Münden erscheint alle 14 Tage der

„Süddeutsche Postillon“